

DIE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER • STREBE • ZUM • GANZEN • UND • KANNST • DU • SELBER • KEIN • GANZES • WERDEN
ALS • DIENENDES • GLIED • SCHLIESST • AN • EIN • GANZES • DICH • AN

REDAKT. U. EXPED.: CHARLOTTENBURG, ROSINEN-STR. 3

PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 3 MARK

No. 29

Charlottenburg, Freitag, den 19. Juli 1907

Jahrg. 34

Die Redaktion befindet sich Charlottenburg, Charlottenburger Ufer Nr. 56.

Sperrren.

Bollsperrren in Deutschland: Berlin (einschl. Adlershof und Nitzdorf) für Emailmalerei. Bock u. Leich bei Wallendorf (Fasolt & Stauch). Brambach i. Voigtland (Firma Reinhardt und Köhler). Cöln-Ehrenfeld (Molte, Köln. Kunstfigurenfabrik). Cortendorf, Eisenberg (sämtl. Betriebe). Elberfeld (Peters Emailmalerei). Hornberg. Kranichfeld. Lauf (Fritz Krug). Neustadt bei Coburg. (Heber & Co.). Ruhland (A. Lindner, Glasmalerei). Schornberg. Selb. L. Guttenreuther (inklusive Firma Jäger & Werner). Sigen-dorf (Gebr. Voigt A.-G.). Sonneberg (Müller). Sorau. Stogheim. Teltow. Unterweißbach und Volksstedt (Mann & Porzellius). Düsseldorf (Hohmann).

Halbsperrren in Deutschland: Alexandrintal (Rechnagel) Bonn (Mehlem). Flörsheim a. M. Freienorla. Gräfenroda (Heene, Heißner, Ebert & Menz). Königszelt. Neuhalbensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Rudolfsstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Schweidnitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperrren in Oesterreich: Königsfeld bei Brünn für Maler. Fünfkirchen. Fischern (R. Knoll). Klösterle. Oberlaa bei Wien (Pilar). Tichy & Schönfeld in Bessau. Wießhübel.

Ein Reichswohlfahrtsamt?

Das Reichsamt des Innern soll eine Teilung erfahren. Welche Gebiete des umfassenden Ressorts aber abgetrennt und selbständig gemacht werden sollen, darüber ist noch keine Entscheidung getroffen. Trotzdem werden schon Vorschläge erörtert, die mit Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen; es würde sich auch empfehlen, daß bei dieser hochwichtigen Frage der Organisation der Reichsverwaltung die Arbeiter ihre Interessen recht nachdrücklich vertreten möchten. Zunächst gibt es Vorschläge zu bekämpfen, die gleich nach der Entfernung Bosadowskys auftauchten, aber nicht weiter beachtet werden, weil es hieß, die Frage der Teilung des Reichsamts des Innern sei doch nicht spruchreif. Man deutete die Schaffung eines Reichswohlfahrtsamtes an. Was darunter zu verstehen sei, wurde freilich nicht weiter gesagt, aber wenn man die Verhandlungen des Preussischen Abgeordnetenhauses ein paar Jahre zurück verfolgt, so wird man finden, daß der Plan eines Wohlfahrtsamtes von der Mehrheit des Preussischen Abgeordnetenhauses zunächst der preussischen Regierung und zwar dem Minister, der der Nachfolger Bosadowskys geworden ist, wiederholt zur Ausführung vorgelegt worden ist. Der Gedanke eines Wohlfahrtsamtes entstammt der Anregung eines konservativen Politikers, namentlich des Abgeordneten Grafen Douglas. Dieser brachte zuerst einen diesbezüglichen Antrag im Abgeordnetenhaus ein, der der Budgetkommission überwiesen und in der Sitzung vom 6. April 1905 in folgender Fassung vom Plenum angenommen wurde: „Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, möglichst bald ein Volkswohlfahrtsamt mit einem aus Laien bestehenden Beirat zu schaffen. Dem Amt soll besonders obliegen, die Volkswohlfahrts-pflege im Inlande und Auslande zu verfolgen, Wahrnehmungen,

welche das Eingreifen der Gesetzgebung begründen, der Regierung mitzuteilen, Gutachten zu erstatten und an der Vorbereitung von Gesetzentwürfen mitzuwirken, bei größeren Unglücksfällen oder Notständen die freiwillige Hilfsstätigkeit zu leiten. Bei der Berufung in den Beirat sollen die privaten Volkswohlfahrtsorganisationen und die beiden Häuser des Landtags berücksichtigt werden; der Beirat soll jährlich einmal zusammen berufen werden und die einzelnen Wohlfahrtsfragen beraten.“ Die preussische Regierung hatte nun zunächst keine große Lust, den Wünschen des Preussischen Abgeordnetenhauses entgegen zu kommen und erklärte sich nur bereit, die schon bestehende Zentralkasse für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen zu erweitern und ihr den Namen Zentralkasse der Volkswohlfahrt zu geben. Darauf hin wurde im Februar 1906 vom Abgeordnetenhaus ein erneuter Antrag Douglas angenommen, der dahin ging, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Beschlußfassung über den Beschluß des Hauses der Abgeordneten vom 6. April 1905, betr. Schaffung eines Volkswohlfahrtsamtes, durch Beratung in einer Kommission von Sachverständigen, in die insbesondere auch in der Volkswohlfahrtspflege praktisch bewährte Männer zu berufen sein würden, vorbereiten zu lassen. An die Wünsche des Abgeordnetenhauses wird man nun lebhaft erinnert, wenn mit einem Male der Gedanke auftaucht, daß dem Reichsamt des Innern ein Reichswohlfahrtsamt angegliedert werden soll. Das heißt also: Die sozialpolitischen Ressorts im engeren Sinne, die bisher zum Reichsamt des Innern gehörten, sollen dem Reichswohlfahrtsamt übertragen und dessen Rechte in einer dem Antrag Douglas entsprechenden Weise ausgestaltet werden. Wenn bisher schon in der Reichsverwaltung die besonderen Interessen der Arbeiter viel zu wenig berücksichtigt waren, aber doch schließlich das Reichsamt des Innern als sozialpolitische Instanz sich herausbildete, so würde in Zukunft durch Schaffung eines Reichswohlfahrtsamtes eine weitere Verschiebung zu Ungunsten der Arbeiter eintreten. Denn das Reichswohlfahrtsamt soll gewissermaßen eine Stelle sein, die alle sozial notleidenden Bevölkerungsschichten mit seiner Fürsorge bedenken soll: den Mittelstand, die Arbeiter, die Bauern, die Armen und Kranken. Rein wirtschaftspolitischer Gesichtspunkt großen Stils, sondern barmherzige Erwägungen würden für die Tätigkeit eines Reichswohlfahrtsamtes maßgebend sein müssen. Eine solche Instanz aber würde vielleicht wohl der Auffassung des Zentrums von den Aufgaben der Sozialpolitik gebracht werden, aber nicht den Anforderungen, die die wirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit an die Reichsregierung stellen. Was wir brauchen, bitter notwendig brauchen, nicht nur im Interesse der Arbeiterbevölkerung, sondern noch mehr im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts Deutschlands, das ist ein selbständiges Reichsarbeitsamt, dessen einzige Aufgabe sein; und bleiben muß, die besonderen Interessen der Arbeiterbevölkerung zu fördern. Die Interessen der Arbeitgeber des gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmertums, endlich die der Kapitalisten sind durch das Vorhandensein von Ministerien für die Landwirtschaft sowie für Handel und Gewerbe in den Einzelstaaten so berücksichtigt, wie sie es kaum besser verlangen können. Ueberall aber fehlt es an einer selbständigen Zentralinstanz für das Deutsche Reich und die beste Gelegenheit hierfür bietet die beabsichtigte Teilung des Reichsamts des Innern in zwei selbständige Ämter. Gegen die Bildung eines Reichsarbeitsamtes können kaum stichhaltige sachliche Gründe vorgebracht werden.

Was bisher gegen ein solches Amt vorgebracht wurde, beschränkte sich darauf, daß gesagt wird, ein Reichsarbeitsamt würde der Sozialdemokratie Vorspanndienste leisten müssen. Dieser Einwand ist aber genau so zu bewerten, wie wenn die Sozialdemokratie die Bildung eines Ministeriums für Landwirtschaft damit bekämpfen wollte, daß sie den Einwand erhöhe, ein solches nütze doch nur dem Bund der Landwirte. Das wäre eine parteipolitisch vielleicht begreiflicher, aber ein sachlich durchaus ungerechtfertigter Einwand. Es sind an das Ausscheiden Posadowskys recht hoffnungslose Darlegungen geknüpft worden, deren Berechtigung hier dahingestellt bleiben mögen; jedenfalls liegt für die Arbeiter die Sache sehr einfach; sie müssen die öffentliche Meinung und die politischen Kreise davon überzeugen, daß jede Teilung des Reichsamts des Innern einen wirtschafts-politischen Rückschritt bedeutet, sofern sie nicht die Schaffung eines selbständigen Reichsarbeitsamtes bringt. —

Verbandsangelegenheiten.

Zur Beachtung für alle Mitglieder!

Wir möchten noch einmal darauf aufmerksam machen, daß, wie die vielfachen Bekanntmachungen bereits besagten, nur die Redaktion verlegt worden ist.

Alle Sendungen, die für die Kollegen Wollmann, Schneider, Herden oder Munt bestimmt sind, wolle man nach vor wie adressieren.

Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nur die für die Redaktion und Expedition bestimmten Zuschriften sind zu richten an

F. Zietsch, Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 56.

Ebenso wolle man — um Verzögerungen zu vermeiden — alle an die Redaktion und Expedition gerichteten Mitteilungen direkt an dem Kollegen Zietsch senden; also solche Sachen den Sendungen an die Kollegen Wollmann, Schneider, Herden oder Munt nicht mehr beilegen.

168. Vorstandssitzung vom 2. Juli 1907.

Der Genosse Korn entschuldigt sein Fernbleiben von den Sitzungen für die Dauer von 2 Wochen, mit einer Besuchsreise.

Von Friedrichshagen liegt die Mitteilung vor, daß die Zahlstelle nicht in der Lage sei, einen weiteren Beisitzer zum Hauptvorstand stellen zu können; demnach ist die Zahlstelle Zeltow zu benachrichtigen, einen Beisitzer zu wählen. — Die Sperren über Großbrettenbach (Eger & Söhne) und Böhne (Conta & Böhme) werden aufgehoben. — Die Zahlstelle Hornberg wird aufgelöst, nachdem sämtliche Mitglieder bis auf 2 Mann abgereist sind und diese letzten in der nächsten Zeit auch noch den Ort verlassen werden. — Nach Zuschrift von Eöln sind die Figuren bei der Firma Nolte ausständig geworden, nachdem ein Teil derselben von der Firma entlassen wurde. Verhandlungen sollen in Aussicht stehen, deren Ergebnis abgewartet werden soll. — Nach Bericht von Sonneberg hat die Firma G. Müller es abgelehnt, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichtes über die Streitfragen mit den Ausständigen zu verhandeln. — Im Anschluß an einen Bericht von Kranichfeld wird dem Mitglied 9978 unter bestimmten Voraussetzungen Rechtschutz bewilligt. — Nach Bericht von J. Menau haben zwischen der Firma Meßler & Driloff und dem Dreher- und Former-Verband Verhandlungen über einige Differenzpunkte stattgefunden, wobei eine Verständigung erzielt wurde. — Im Anschluß an einen Bericht des Kassierers über Sigendorf und Unterweißbach werden verschiedenen Mitgliedern Zuschüsse zur Verbands-Unterstützung aus dem Streifonds bewilligt. — In Eisenberg stehen anlässlich der Aussperrung Verhandlungen mit dem „Schutzverband deutscher Werkzeugmaschinenbesitzer“, deren Ergebnis abzuwarten bleibt. — Zuschriften von Breslau, Höhr, Köpckendorf, Martinroda, Stalbergfeld und Weißwasser werden zur Kenntnis genommen. — Die Aussperrung in Cortendorf wird als beendet erklärt, nachdem die Ausständigen zum größten Teil anderweitig platziert sind. — Die beantragten Kosten für Abhaltung einer Agitations-Konferenz des 3. Bezirkes werden abgelehnt, weil aus dem Antrage nicht zu ersehen ist, was irgend welche Vorarbeiten für die geplante Konferenz geleistet worden sind und damit voraussichtlich auch jeder praktische Erfolg in Frage steht. Außerdem soll die Kommission auf dem 12. Fonds der beteiligten Zahlstellen hingewiesen werden. — Dem Mitglied 6205 Magdeburg werden die Kosten für ein ärztliches Gutachten bewilligt. — Dem Mitglied 17800 Magdeburg wird Unterstützung nach § 22 des Statuts bewilligt. — Dem Mitglied Nürnberg wird Krankengeld-Zuschuß vom Tage der Erkrankung bis zum Verlassen des Krankenhauses bewilligt; für die Zeit nach dem Verlassen des Krankenhauses wird die Gewährung des Zuschusses abgelehnt, weil Mitglied es unterlassen hat, der örtlichen Verwaltung hieron, sowie von der erfolgten Ueberfödelung nach Böhmen, Meldung zu machen. Der Beschwerde-Kommission, an welche sich das Mitglied bereits gewandt, soll entsprechende Mitteilung gemacht werden.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

Entschuldigt fehlt Korn.

Der Eölnner Kunstfigurenfabrik (Nolte) in Eöln-Ehrenfeld ist der Entwurf eines Tarif-Vertrages von Seiten der ausständigen Mitglieder zugestimmt worden; Verhandlungen darüber stehen noch aus. — Zuschriften von Berlin, Meuselwitz, Kranichfeld und Unterweißbach werden zur Kenntnis genommen. — Der beantragten Gründung einer Zahlstelle in Sulzbach wird zugestimmt. — Den Mitgliedern 10807 Unterweißbach 710 Arzberg 17825 Fürstberg a. M. 9993 Zeltow und einigen Mitgliedern in Eisenberg wird Rechtschutz bewilligt. — Dem Mitglied 10508 Untermaus wird noch eine Frist von 3 Monaten bewilligt, innerhalb welcher die zu Unrecht bezogene Unterstützung zurückgezahlt werden soll, bei Vermeidung eventuell weiterer erforderlicher Schritte. — Gegen das Mitglied 1881 Karl Döhler aus Selb z. St. in Stuttgart, soll Straf-Antrag wegen Betruges gestellt werden. — Die beantragten Unterstützungen nach § 22 des Statuts werden bewilligt für die Mitglieder 16408 Großbrettenbach, 14456 Marktredwitz und 9993 Zeltow, abgelehnt für 1884 Eöln und 1984 Eöln-Ehrenfeld. — Dem Mitglied 8288 Rehaun werden die Fahr- und Umzugsgelder nach dem Antrage bewilligt. — Unterstützung für 2729 Neuhaldensleben wird nach Ablauf der ersten 2 Wochen bewilligt. — Unterstützung für 4880 Schorndorf wird nach § 20 Absatz 1 des Statuts abgelehnt. — Weiterunterstützung für 4758 Judenbach wird mangels genügenden Nachweises über Arbeitsbemühungen abgelehnt. — Krankengeld-Zuschuß für 481 Althaldensleben wird abgelehnt, weil bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit noch keine 52 Wochenbeiträge entrichtet waren. — Krankengeld-Zuschuß für 4776 Judenbach wird abgelehnt, weil das Mitglied bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit keinen Anspruch hatte, wegen zu hoher Restbeiträge. — Das Mitglied 10787 Bohlenstrauß wird wegen groben Verstoßes gegen § 23 Ziffer 18 des Statuts mit 2 M. bestraft. — Bei dem Mitglied 4781 Spanbau wird bei der geschilderten Sachlage von einer Bestrafung wegen Verstoßes gegen § 23 Ziffer 18 des Statuts abgesehen. — In Angelegenheit 9981 Eberfeld wird der Sachverhalt in ausführlicher Weise durch die Zahlstellen-Verwaltung dargelegt; demzufolge werden Unterstützung nach § 22 des Statuts, sowie Fahr- und Umzugsgelder bewilligt. — Dem Mitglied 9329 Rudolstadt werden Fahr- und Umzugsgelder nachträglich bewilligt, nachdem eine ausreichende Begründung für den Antrag gegeben wurde. — Das Mitglied 12028 Lettin wird auf die Dauer eines Jahres vom Unterstützungsbezüge ausgeschlossen, auf Grund des § 14 Ziffer 6 des Statuts. — In der Rechtschutzsache 176 Altwasser wird die Bewilligung der Kosten abgelehnt, weil das Mitglied den ungünstigen Ausgang der Klage verschuldete. — Der Zahlstelle Elmshorn werden die Mittel zur Anschaffung eines Schranke bewilligt. — Eine Mitteilung wonach der frühere Kassierer in Schorndorf Bismann, einen Fehlbetrag von 128,69 M. auf zu weisen hat, wird vorläufig zur Kenntnis genommen. — Dem Mitglied 1486 Nymphenburg soll empfohlen werden, beim Verband der Lithographen und Steinbrücker, (Senefelder Bund) den Uebertritt mit erworbenen Rechten nach zu suchen. — Ein Aufnahmegesuch Joerl Untermaus wird an die Zahlstellen-Verwaltung verwiesen. — Die nachgesuchte bedingungslose Aufnahme für Gustav Bärz und Otto Ebert, Blankenhain wird abgelehnt. — Das Mitglied 10411 Eduard Blättner, Untermaus wird nach § 5 Ziffer 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — Eine Zuschrift des Mitgliedes 8890 Rehaun soll entsprechend beantwortet werden.

G. Wollmann, Vorsitzender.

J. Schneider, Schriftführer.

170. Vorstandssitzung vom 8. Juli 1907.

Wollmann auf Reisen; entschuldigt fehlen Korn und Günther, ohne Entschuldigung fehlt Welzel.

Situationsberichte von Sigendorf und Unterweißbach werden zur Kenntnis genommen; die Kosten für eine in Unterweißbach stattgefundene Versammlung werden bewilligt. — Von Eisenberg wird berichtet, daß die Situation unverändert sei; die Unternehmer versuchen unter den größten Anstrengungen Arbeitswillige heran zu holen, haben aber bis jetzt noch keine nennenswerte Erfolge erzielt. — Eine Zuschrift des Gewerkschaftsartell in Hornberg wird zur Kenntnis genommen; in Beantwortung derselben soll dem Artell, sowie dem Vorstand des Glasarbeiter-Verbandes entsprechende Mitteilung gemacht werden. — Von Breslau wird berichtet, daß bei den Brennern Differenzen bestanden haben, welche aber nach erfolgten Verhandlungen mit der Firma wieder beigelegt wurden. — Von Weißwasser wird berichtet, daß sämtliche Glasarbeiter von Seiten der Unternehmer gekündigt wurden, darunter befinden sich auch einige Mitglieder unseres Verbandes; denselben wird Unterstützung nach § 21 Ziffer 15 des Statuts bewilligt. — Einem Antrage der Zahlstelle Höhr auf Entsendung eines Vorstandsvertreters wird durch die Delegation des Schriftführers entsprochen. — Nach Bericht von Eöln ist eine Verständigung mit der Firma Nolte bisher noch nicht zu erzielen gewesen; einem Antrage der Verwaltung, einem am Ausstand beteiligten neuangemeldeten Mitglied Unterstützung zu gewähren, wird entsprochen. — In Kranichfeld hat sich am Ausstand bei Rothe nichts geändert; ein Antrag auf Rechtschutz wird vertagt, weil sich Rückfrage notwendig macht. — Von Düsseldorf beantragte Unterstützungen nach § 22 des Statuts werden abgelehnt und Arbeitslosen-Unterstützung bewilligt, so weit ein statutarischer Anspruch vorhanden ist. — Die Mitglieder 19525 Langhammer, 15888 Hermann und 8115 Jahn Böhne werden nach § 3 Absatz 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — Dem Mitglied 9823 Schorndorf wird der Krankengeld-Zuschuß für die fernere Dauer der Arbeitsunfähigkeit nach § 23 Ziffer 13 des Statuts entzogen.

J. B.: J. v. d. Aue

J. Schneider Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Breslau. In der Steingutfabrik kam es zu einer Differenz mit den Brennhausarbeitern, die — wie uns berichtet wurde — ihre Ursache in dem Verhalten des Oberbrenners gegen

die Kollegen hatte. Die Brenner legten die Arbeit nieder. Eine kurz darauf zustande gekommene Einigung beendete jedoch die Differenz wieder.

Kranichfeld. Allem Anschein nach sieht Herr Reinhard Rothe — der die bei ihm Beschäftigten so unbesonnen vor die Türe setzte — jetzt selbst ein, daß er den Anschluß verpaßt hat und daß er sehr unklug handelte, als er dem Fabrikinspektor, der es gewiß gut mit ihm meinte, eine ablehnende Antwort gab. Damals riet der Beamte, daß Herr Rothe die abflauende Stimmung der ausgesperrten Arbeiter zum Friedensschluß benutzen möge. Herr Rothe tat es nicht. Nun kann er sich die Finger wund schreiben und nach allen Himmelsrichtungen hin mitteilen, daß er eilige Arbeit und sehr viel davon zu vergeben habe und daß die Leute sofort eintreten könnten. Es wird nicht viel nutzen; die meisten Karren finden bei uns eine dauernde Ruhe. Und es ist zu wünschen, daß die Kollegen nach wie vor die über Kranichfeld bestehende Sperre beachten.

Rudolstadt. In dem Parforce-Niederreiten unserer Organisation hat Herr Vater — in Firma Schäfer & Vater — ein neues Stückchen geliefert. Folgender Nachtrag zur Arbeits-„Ordnung“ wurde den Arbeitern bekannt gegeben.

Für das Arbeiterpersonal der Firma ist eine freiwillige Personal- und Unterstützungskasse errichtet, welche nach den Satzungen, gegen geringe Versicherungsbeiträge, Unterstützung bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit gewährt, auch Beihilfe in Krankheitsfällen usw. leistet. Dagegen werden Mitglieder des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht beschäftigt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen verpflichten sich, solange sie bei der Firma beschäftigt sind, dem genannten Porzellanarbeiter-Verbande nicht anzugehören oder beizutreten auch für denselben in der Fabrik nicht mehr zu agitieren, Zuwiderhandlung berechtigt zur sofortigen Entlassung ohne Kündigung. Erlassen Rudolstadt, den 26. Juni 1907.

Schäfer & Vater.

Man muß es Herrn Vater lassen, er fühlt sich ganz als Herr seiner Arbeiter und es zeugt von der hohen Selbsteinschätzung der Unterzeichneten, daß dieselben den Nachtrag allergnädigst „erlassen“ haben. Hin und wieder sollen nach der Gewerbeordnung bei Festlegungen der Arbeitsordnungen oder Nachträgen dazu, auch die Arbeiter gehört werden. Die Firma Schäfer & Vater macht das bißchen Kram allein und die Herren sind ehrlich genug, zur Geltendmachung ihrer Wünsche und Absichten von der Komödie der Befragung eines Arbeiterausschusses abzusehen. Sie fühlen sich eben als Herren und sie sind so absolut in ihrem Betriebe, daß gegen sie ein wirklicher „Fürst“ von G. G. beileibe nicht auskommen kann. Ein solcher muß sich ja doch noch ein wenig an die Gesetze lehren und droht ihm im anderen Falle auch kein Staatsanwalt, so können seine geschäftlichen Handlungen doch eine heilsame Korrektur durch die „Regierten“ erfahren. Bei einem Fabrikherrn wie Herrn Vater stellt sich die Sache wesentlich günstiger. Wohl gibt es in Deutschland und auch in Schwarzburg-Rudolstadt so etwas wie eine gesetzliche Bestimmung, die den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts gewährleistet, aber in Preußen-Deutschland ist der Fabrikant souverän als die Gesetze es sind. Er darf den Arbeitern unter Androhung der Brotlosmachung das Vereinigungsrecht beschneiden oder rauben, je nachdem. Und sonderbarer Weise kommt da keiner von den Staatsanwälten, die sonst immer recht lange Arme haben und vertritt die Würde und Autorität der Gesetze. Gewiß, das sind alles bekannte Erscheinungen im Lande der vollendeten Reichsgarantien. Und läme es wirklich einmal zu einer Anklage, so ist tausend gegen das zu werten, daß sich kein Gericht in Deutschland finden wird, daß in diese „private“ Machtsphäre der Arbeitgeber eingreift. Vielleicht könnte man dadurch einmal die Gerichte zu einer Stellungnahme nötigen, wenn Arbeiter zum Fabrikanten sagen: Wenn Du Dich unterstellst, einem Arbeiterverband anzugehören, wenn Du ferner mit Agenten des Reichslügenverbandes konzerterst und die anderen Fabrikanten gegen die Arbeiter scharf machst, sie gegen uns aufhebt und wenn Du zuletzt Streikarbeit in Deinem Betriebe anfertigen läßt, dann werfen wir Dir den Bettel vor die Füße, dann schädigen wir Dich und machen Dich und Deine Familie unglücklich, wir jagen Dich von Fabrik zu Fabrik, von Ort zu Ort! — Was würden dann die Staatsanwälte und Gerichte sagen???

Unterweissbach. Wir berichteten in einer der vorhergehenden Nummern, daß die bei Mann & Porzelius beschäftigten Arbeitswilligen oder sonst jemand, der ihnen geistesverwandt ist, sich den „Scherz“ leisteten, durch eine an öffentlicher StraÙe den ganzen Tag zur Schau gestellten Puppe die Ausgesperrten

anzukucken. Der Zweck war offensichtlich und da im allgemeinen die Polizei in solchen Sachen keinen Spaß versteht, der Gendarm seine Augen überall hat und man auch sonst bemüht ist, die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten, so wollten unsere Kollegen der Aufsichtsbehörde zur Hilfe kommen. Da nun an jenem Tage der Gendarm die fragliche Stelle nicht passierte, die Puppe also nicht sah, so wandte sich einer der ausgesperrten Kollegen an den Amtsanwalt. Die Antwort desselben lautete: „Auf die von Ihnen erstattete Anzeige wegen groben Unfugs, eröffne ich Ihnen in Gemäßheit des § 169 der Strafprozeßordnung, daß ich die Strafverfolgung ablehne, da einmal nicht feststeht, wer die fragliche Puppe aufgestellt hat, zum andern aber auch in dieser Handlungsweise der Tatbestand des groben Unfugs im Sinne des § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuches nicht gegeben ist. Denn eines groben Unfugs macht sich derjenige schuldig, welcher durch eine grobe, ungebührliche Handlung das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit unmittelbar belästigt oder gefährdet, und zwar dergestalt, daß in dieser Belästigung oder Gefährdung zugleich eine Verletzung oder Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung zur Erscheinung kommt. Alle diese Tatbestandsmerkmale sind im Angefall nicht vorhanden. Oberweissbach, den 27. Juni 1907. Der fürstliche Amtsanwalt. Martini.“ — Der fürstliche Amtsanwalt wird sich die lebhafteste Opposition aller derjenigen seiner Kollegen zu ziehen, die gewohnt sind, den Begriff der „Belästigung einer unbestimmten Allgemeinheit“ im Sinne des § 360 viel enger aufzufassen. So wissen wir zum Beispiel aus reicher Erfahrung, daß nach Ansicht von vielen Gerichten die „unbestimmte Allgemeinheit“ schon dann unmittelbar belästigt und bedroht wurde, wenn ein Arbeitswilliger angelächelt, angesprochen oder gar angeblickt wurde. Ganz zu schweigen, daß ein grober Unfug allein in den Worten „Nichttraucher“, „Streikbrecher“ etc. gefunden wurde. Ferner genügte das unauffällige Hinterdreinlaufen hinter einen Arbeitswilligen für die Gerichte, die strafbare Voraussetzung des § 360 erfüllt sein zu lassen. Und wir könnten diese Beispiele, von denen die Geschichte der modernsten deutschen Rechtspflege überaus reich ist, ins Grenzenlose vortragen. Aber schon die gegebenen paar Andeutungen dürften genügen, um zu zeigen, wie erheblich die äußerst tolerante, weitherzige Auffassung des Schwarzburg-Rudolstadt'schen Amtsanwalts bezüglich des groben Unfugs von der seiner Kollegen abweicht. Freilich darf man hierbei nicht vergessen, daß die von uns angeführten Urteile sich gegen streikende oder ausgesperrte Arbeiter richteten und gefällt wurden sie zum Schutze von Arbeitswilligen. Doch der Amtsanwalt hat den entscheidenden Ton angeschlagen in seiner Antwort. Es heißt darin, daß der grobe Unfug umso eher gegeben ist, wenn in der Verletzung oder Gefährdung der unbestimmten Allgemeinheit zugleich eine Verletzung oder Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung zur Erscheinung kommt.“ Darin liegt die Lösung, und ihre Schlüsse sind für einen Amtsanwalt einfach und von bezwingender Logik. Gewöhnlich ist es ja, „gerichtsnotorisch“: Arbeitswillige sind die festesten Säulen der herrschenden „Ordnung“, sie stürzen sie nicht und führen den äußeren Bestand derselben nicht. Folglich fällt für diese Elemente zumeist die Gefahr des § 360 fort. Anders bei streikenden oder ausgesperrten Arbeitern. Sie sind schon an sich — immer vom Standpunkt der bedingungslosen Verfechter der heutigen „Ordnung“ — eine Gefahr für diese Ordnung und ihre Handlungen werden darum mehr oder weniger mit dem äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung in Konflikt kommen. Für Amtsanwälte, Staatsanwälte, Polizisten, Richter, Fabrikanten und Geisliche ist diese Schlussfolgerung ohne Weiteres gegeben. Darunter leidet beileibe nicht die Justiz, die Gleichheit vor dem Gesetz und andere Dinge, die als unantastbare Heiligtümer dem Volke vorgezaubert werden — sie haben nichts mehr zu verlieren — sondern damit brüdt man den um seine Existenzmöglichkeit kämpfenden, um das Wohlergehen seiner Familie besorgten, um den Fortschritt der Menschheit ringenden Arbeiter. Und darum, nur darum protestieren wir immer von neuem gegen solchen Einseitigkeiten und Ungerechtigkeiten. — Wie feinfühlig jedoch die Polizei in Unterweissbach wiederum sein kann, beweist, daß sie ein Plakat konfigurierte, auf dem zu lesen war: „Achtung! In Sigendorf und Unterweissbach sind sämtliche organisierten Porzellanarbeiter- und Arbeiterinnen ausgesperrt und ist der Zutritt streng fern zu halten. Die Ortsverwaltung.“ Die Polizei war der Meinung, daß mit der Ortsverwaltung schließlich die Gemeindeverwaltung verstanden werden könnte! Eigentlich kann man der Polizei dankbar sein, daß sie dafür sorgte, daß sich die Gemeindeverwaltung nicht mit fremden Federn zu schmücken brauchte, vorausgesetzt es wäre außer der

weisenden Polizei, die leider den Puppenaufsteller nicht finden konnte; überhaupt jemand auf diesen Einfall gekommen.

Emaillemaler.

Berlin. Nach dem Abbruch des Streiks der Emailleschilder-maler waren in sechs in betracht kommenden Werkstätten als Arbeitswillige ein Meister, dann Zuchtschwert, Fischer, Lönies, Landermann Schweinsburg, Schweizer und bei Raabe der Bruder des Inhabers beschäftigt.

Eisenberg. Nach einem uns am Dienstag nachmittag aus Eisenberg zugegangenen Telegramm ist die Aussperrung daselbst noch nicht beendet. Gegenteilige Meldungen bürgerlicher Blätter sind also falsch.

Aus anderen Verbänden.

Die Lokalorganisierten. Aus dem Parteibureau wurde dem „Vorwärts“ geschrieben:

„Der Parteivorstand wurde von dem Mannheimer Parteitag beauftragt, in Verbindung mit der „Generalkommission“ den Versuch zu machen, im Sinne der Lübecker Resolution die einheitliche Organisation der Gewerkschaften dadurch herbei zu führen, daß den der „Geschäftskommission“ angeschlossenen Gewerkschaften der Eintritt in die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände ermöglicht werde. Nachdem der Parteivorstand sich darüber Gewißheit verschafft hatte, daß die der Generalkommission angeschlossenen Verbände bereit seien, der Aufnahme der der „Geschäftskommission“ angeschlossenen Gewerkschaften weitgehendes Entgegenkommen zu erweisen und, die Generalkommission im Interesse der Sache dem Parteivorstand die Initiative überließ, leitete der Parteivorstand Verhandlungen mit der „Geschäftskommission“ ein.

Ueber den seitherigen Verlauf der Verhandlungen berichtet die „Einigkeit“ in ihrer Nr. 26 vom heutigen Datum. Der Schlusssatz des Artikels lautet:

„Für uns ist die Angelegenheit hoffentlich bis zum 8. Kongreß erledigt, wenigstens haben wir nicht Lust, durch fortwährende Einigungsversuche usw. von außen her die Fortentwicklung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften stören und schädigen zu lassen und dabei noch selber mit zu helfen. Wenn das Programm und die Anschauungen, die in der Freien Vereinigung vertreten und propagiert werden, nicht paßt und wer bestrebt um des lieben Friedens- und anderer Gründe willen in die reformerischen Zentralverbände, die sich der Protektion der sozialdemokratischen Partei und deren gesamten Vorstände einschließlich der Kontrollkommission erfreuen, unterkriechen will, der mag gehen. Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Beschlüsse des Kongresses trotz Lübeck, Mannheim und Log Essen.“

Diese in scharfe Formen gekleidete Ablehnung der „Geschäftskommission“ jeder weiteren Mitwirkung bei den Einigungsversuchen, kann den Parteivorstand nicht bestimmen, den ihm vom Mannheimer Parteitag gewordenen Auftrag als erledigt anzusehen. Der Parteivorstand wird sich nunmehr direkt an die der „Geschäftskommission“ angeschlossenen Gewerkschaften wenden, um zu erfahren, ob die Gewerkschaften die scharfe Ablehnung der „Geschäftskommission“ billigen. Da wir nicht annehmen können noch wollen, daß sich Parteigenossen leichtem Herzens über die Beschlüsse der Parteitage hinweg zu setzen gewillt sind, erwarten wir für die Fortsetzung unserer Bemühungen für die Einigung der Gewerkschaftsbewegung den besten Erfolg. Die freiwillige Disziplin ihrer Anhänger ist die Stärke der sozialdemokratischen Partei. Noch niemals ist vergeblich an die Beobachtung der Disziplin erinnert worden.“

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1906. Die letzte Nummer des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften gibt eine Uebersicht über den Stand dieser Organisationen im Jahre 1906. Die Gewerkschaftsbewegung, so heißt es darin, habe im Berichtsjahre wieder einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen, an dem auch die christlichen Gewerkschaften in erheblichem Maße beteiligt seien. Die christlichen Gewerkschaften zählen sich gegenwärtig 335 247 Mitglieder zu. Davon kommen auf die Organisationen, die dem Gesamtverbande angeschlossen sind, 260 040, außerhalb des Gesamtverbandes stehen Organisationen mit 73 132 Mitgliedern. Die nicht angeschlossenen Organisationen — es sind das die Eisenbahner- und Postbeamtenverbände sowie der mehr als zweifelhafte Verein zur gegenseitigen

Hilfe (Oberschloffen) — kommen als Gewerkschaften nicht in Betracht, sie paradien in der Liste der christlichen Gewerkschaften, um deren Anhang möglichst hoch erscheinen zu lassen. Die Mitgliederzunahme der christlichen Gewerkschaften, soweit sie dem Gesamtverband angehören, beträgt im letzten Jahre 68 350. Im einzelnen zählen die Organisationen der Bergarbeiter im Jahresdurchschnitt 73 542, Bauhandwerker und Hilfsarbeiter 86 459, Textilarbeiter 34 581, Metallarbeiter 24 744, Hilfs- und Transportarbeiter 13 023, Holzarbeiter 10 222, Keramarbeiter 7031, Tabakarbeiter 6437 Mitglieder; die übrigen Organisationen zählen von 3600 abwärts. Der Zieglerverband, der im Absterben begriffen ist, hat sich vom Gesamtverband abgetrennt. Der Verband der Fleischer, der im vorigen Jahre mit 5000 Mitgliedern aufgeführt war, ist eingezogen. Die bedeutendsten Zunahmen hatten im Jahre 1906 die Bauarbeiter 16 099, Textilarbeiter 9594, Metallarbeiter 9032, Bergarbeiter 8523, Hilfs- und Transportarbeiter 4510, Tabakarbeiter 3020 usw. — Auf diese Zahlen können die Christlichen kaum stolz sein. Der christliche Bergarbeiterverband ist nach wie vor die stärkste christliche Organisation; er umfaßt weit mehr als ein Viertel des gesamten Mitgliederbestandes aller dem Gesamtverbande angeschlossenen Organisationen. Ihre Hauptverbreitung haben die Christlichen in Rheinland-Westfalen und von der hier tätigen, ungemein zahlreichen Metallarbeiterschaft haben sie noch nicht 25 000 zu organisieren vermocht. Genau so viel Mitglieder wie die christlichen Gewerkschaften sich insgesamt zuzählen, also mit den Verbänden der Eisenbahnen und Postangestellten, hat ein einziger Verband der freien Gewerkschaften: der Metallarbeiter-Verband mit seinen 335 075 Mitgliedern, und er allein hat mehr an Mitgliedern im letzten Jahre zugenommen, als die christlichen Gewerkschaften insgesamt, nämlich 75 383. — Zuletzt sei noch einiges über die Rassenverhältnisse der christlichen Gewerkschaften gesagt. Die Einnahmen betragen 3 644 865, davon kommen auf die dem Gesamtverbande angeschlossenen Organisationen 3 378 833 Mark, die Ausgaben 2 977 733, Gesamtverband 2 709 260 M.; der Rassenbestand beträgt 2 613 961, Gesamtverband 2 370 782 M. Von den Ausgaben entfielen auf Streit- und Gemäßigten-Unterstützung 853 435, Agitation 262 787, Krankengeld 265 485, Sterbegeld 136 994, Verwaltungskosten 124 977 M.

Internationales.

Frankreich. In Lives-Bille, der nördlichen Grenzstadt, hielten die französischen Kollegen ihren 7. National-Kongreß ab. Wir werden darüber noch berichten. Nach einer Begrüßungsrede des Genossen Bletsch, sandte der Kongreß folgendes Telegramm an die deutschen Kollegen, zu Händen des Genossen Wollmann: „Der Kongreß der französischen Kollegen, gehalten in Lives-Bille, sendet den deutschen Genossen die herzlichsten Grüße und er erklärt seine vollste Sympathie für die ausgesperrten Kollegen in Thüringen. Es lebe unsere Internationale.“

Italien. Besonderer Umstände halber können wir leider erst jetzt über den bereits am 12. und 13. Mai in Pisa statt gehaltenen Kongreß unserer italienischen Kollegen berichten. Anwesend waren zu jenen Verhandlungen 20 Delegierte, die jedoch häufig mehrere Orte vertraten. Zum Präsidenten des Kongresses wurde der Kollege und Bürgermeister von Secto-Florentino Bietoletti gewählt. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß seit dem letzten Kongreß, der vor 19 Monaten in Imola stattfand, die junge Organisation bedeutend gewonnen hatte. Ihre Mitgliederzahl erhöhte sich von 699 auf 1878 — darunter 300 Frauen und jugendliche Kollegen. Die Zahl ihrer Sektionen wuchs von 14 auf 30. Der Etat balanzierte mit 4101,40 Franks und schloß mit einem Bestand von 1006,10 Franks ab. Entsprechend dem Wachstum der Organisation stieg auch die Auflage des Föderationsorgans des „Ceramista“. Im Oktober 1905 wurden 1000 Exemplare gedruckt, die jetzige Auflage überschreitet 2500! — Aus der sehr reichen Tagesordnung heben wir nur die hauptsächlichsten Punkte hervor. So beschloß man, namentlich in den Sübprovinzen eine lebhaftere Agitation zu betreiben. Die Kollegen werden dort ganz miserabel bezahlt und nicht besser behandelt. Nichts desto weniger ist es von 3000 keramischen Arbeitern nur ein kleiner Bruchteil, der die organisierten Kollegen umfaßt. — Die häufig in den Gefängnissen hergestellte Streikarbeit erschwert auch unseren Kollegen ihre Kämpfe ungemein. Die italienischen Gewerkschaften wollen daher in Gemeinschaft mit der Parlamentsfraktion auf einen Kongreß dagegen Stellung nehmen. Die Verbandsleitung soll sich an diesen Arbeiten beteiligen. — Zumeist herrscht in den keramischen Betrieben in Italien die 11 stündige Arbeitszeit oder eine noch

längere Arbeitsdauer. Nur in Mondovi erkämpften sich die Kollegen den 10-Stundentag. Er soll das allgemeine Ziel der nächsten Bewegung der übrigen Kollegen sein. Ist er erreicht, dann wird man zur Erringung kürzerer Arbeitszeiten übergehen. — Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete jedoch zweifellos die Gründung einer Fabrikations-Genossenschaft. Die Gründung kam zu stande. Die Genossenschaftsfabrik soll in Livorno errichtet und in der Weise finanziert werden, daß Anteile zu 25 Lire ausgegeben werden. Ein Teil der Garantiesumme ist bereits gezeichnet und wenn die Anteile auch nicht obligatorisch sein sollen, so wird den Kollegen doch nahe gelegt, entsprechend ihrem Verdienst einige Anteile zu zeichnen und in 14 tägigen Raten abzuführen. Der Vorstand blieb derselbe, der Vorort ebenfalls. Der nächste Kongress wird mit dem internationalen zusammen fallen. Der Ort ist noch nicht bestimmt. — Wir hoffen, daß auch die Zeit bis dorthin, eine solche des Erfolges, des Wachstums und Gedeihens für die italienischen Kollegen sein möge. Sie zählen mit zu den schlecht bezahlten und am meisten ausgebeuteten italienischen Arbeitern. Ihnen sind die Vorteile einer guten Organisation nur zu wünschen.

Vermischtes.

Ausweisungen. In Thüringen wurde kürzlich einer unserer ausländischen Kollegen aus dem preussischen Staate ausgewiesen. Eine Begründung enthielt der Ausweisungsbefehl nicht. Den Vermutungen ist also Tür und Tor geöffnet. Eine dieser Annahmen gibt die Schuld an der Ausweisung einem Porzellanfabrikanten, dem angeblich die Tätigkeit des Ausgewiesenen für den Verband unangenehm war. So unwahrscheinlich ist diese Vermutung durchaus nicht und findet ihre Berechtigung in dem arbeiterorganisationsfeindlichen Verhalten des betreffenden Fabrikanten vollauf. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß dadurch die gehässige Denunziation irgendwie milder beurteilt werden dürfte. — Ein anderer Fall spielte in Berlin. Er betraf einen Kollegen der Emaillebildnerbranche. Ganz unerwartet war ihm Ende März von der Polizei eröffnet worden, er werde hiermit aus Preußen ausgewiesen und müsse spätestens in vier Wochen die schwarzweißen Grenzpfähle hinter sich haben. Wodurch er sich lästig gemacht haben sollte, das ist nicht ganz sicher festgestellt worden. Der Kollege hatte bereits seit einer Reihe von Jahren seinen Wohnsitz in Berlin. Hier heiratete er im Herbst 1905 eine deutsche Frau, die ihm ein Kind gebar. Der Besitzer des Hauses, in dem der Ausgewiesene seit seiner Eheschließung gewohnt hat, bezeichnet ihn als einen ruhigen und nüchternen Mann, der mit seiner Frau eine glückliche Ehe führte. In gewerkschaftlicher wie in politischer Hinsicht stand der Kollege auf der Seite der Arbeiterklasse, die um ihre Befreiung aus Kapitalknechtschaft ringt. Sonst hatte er nichts weiter „verbrochen“, aber für einen Ausländer ist vielleicht auch das schon genug und zu viel. Gegen die Ausweisungsbefehle appellierte der Betroffene an den Oberpräsidenten, aber das half ihm nichts. In Preußen müssen die paar Glücklichen, die bisher die Zurücknahme einer Ausweisungsbefehle erzielt haben, mit der Laterne gesucht werden. Der Einspruch wurde abgewiesen. Als die gnädigste noch bewilligte Frist abgelaufen war, mußte der Kollege sein Bündel schnüren und mit Weib und Kind sich außerhalb der schwarzweißen Grenzpfähle eine neue Heimat suchen. Womit hat er in Preußen sich lästig gemacht? Sie haben ihm nicht gesagt; aber — keine Antwort ist auch eine Antwort.

Erschlichene Streikgelder. Beim vorjährigen Streit der hamburger Gips- und Stukkateure ließ sich der frühere Stukkateur und jetzige Unternehmer Phillips von dem Verbandsrat der Stukkateure und Gips- Streikgelder auszahlen, obwohl er bei einem Unternehmer gegen einen Stundenlohn von 1 Mk. Streikarbeit verrichtet hat. Phillips erschien regelmäßig zur Kontrolle und spielte dann seine Verräterrolle. Den groben Vertrauensbruch als strafschwerend in Betracht ziehend, verurteilte das Schöffengericht den sauberen Herrn wegen Betruges zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen, die vom Landgericht bestätigt wurde. Gegen das Urteil legte der Verurteilte Revision beim Oberlandesgericht ein, die er damit begründete, daß er für seine Streikbrecherstätigkeit keinen Stundenlohn, sondern nur eine Gratifikation bezogen habe. Er habe einem ihm befreundeten Unternehmer eine Gefälligkeit erweisen wollen. Diese „Gefälligkeit“ sieht das hanseatische Oberlandesgericht ebenfalls als Betrug an; denn es wies die Revision als unbegründet zurück. — An diesem erwischten Patron können sich gleiche Gesellen in allen Berufen ein Beispiel nehmen.

Unternehmer und Fabrikinspektor. Von dem Widerstande, den eine große Anzahl Arbeitgeber der pflichtmäßigen

Amtserfüllung des Gewerbeaufsichtsbeamten entgegen setzt, weiß der jüngste Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion ein Lied zu singen. Berichterstatter ist der Nachfolger Wörtschoppers, Dr. Wittmann, der sein Amt erfreulicher Weise mit demselben sozialen Gerechtigkeitsföhrer zu erfüllen bestrebt ist, wie sein dafür bekannter Vorgänger. Dafür muß er denn auch über eine charakteristische Beschwerde berichten, die von einem Unternehmerverband beim Vorstand der Gewerbeaufsicht gegen einen revolvierenden Beamten anhängig gemacht wurde. Ueber diese Beschwerde sagt der Bericht: „Bemängelt wurde, daß der Beamte sich mit einzelnen Arbeitern unterhalten, sich bei dem Meister nach dem Lohn der Leute erkundigt und nach Angabe der Löhne „eine deutliche Gebärde der Unzufriedenheit kundgegeben“, einem Arbeiter, der seinen Lohn auf 2,30 Mk. angegeben, gesagt habe, hiermit könne er „keine großen Sprünge machen“, und schließlich, daß er sich bei dem Meister erkundigt habe, ob unter den Arbeitern nicht schon Stimmen wegen Errichtung eines Arbeiterausschusses laut geworden seien.“ — Wir glauben, daß den Unternehmern die Inspektoren, die sich als Handlanger der Fabrikanten betrachten, lieber sind, als Männer, die gerade und aufrecht ihres Amtes im Interesse der Arbeiter walten. Aber wie viele von diesen Fabrikinspektoren gibt es?

Die „liberale Aera“. Gegen den neu abgeschlossenen Tarifvertrag im Buchdruckgewerbe führen die Scharmacher — wir erinnern nur an den bekannten Dr. Alexander Lülle — einen energischen Kampf. Außer dem Tarifvertrag ist bekanntlich zwischen den organisierten Prinzipalen und Gehilfen ein sogenannter Garantievertrag abgeschlossen worden, der eine Zwangsbestimmung enthält, die sich auch in den Tarifvereinbarungen anderer Gewerbe findet und bei den Buchdruckern im Jahre 1909 in Kraft treten soll. Nach dieser Bestimmung dürfen tariftreue Buchdruckerbesitzer nur organisierte Gehilfen beschäftigen, während umgekehrt auch organisierte Gehilfen nur in tariftreuen Druckereien Arbeit annehmen dürfen. Gegen diese Bestimmung hat der Zentralverband deutscher Industrieller wegen der angeblichen Einführung des Koalitionszwanges, die der Vertrag herbeiführen soll, an den Reichskanzler Fürsten Bülow eine ausführliche Eingabe gerichtet, in der der Reichskanzler gebeten wird, dahin wirken zu wollen, daß seitens der Reichs- und Staatsbehörden und aller sonstigen amtlichen Stellen, auch die Kommunalbehörden, im Gegensatz zu dem bisher eingehaltenen Verfahren, bei der Vergabe von Drucksachen eine Bevorzugung der Mitglieder des Vereins der Buchdrucker in keiner Weise stattfinden möge. — Bülow hat durch seine Presseabtreter noch nichts verlauten lassen, was darauf hindeutet, daß auch für die Buchdrucker eine neue „liberale Aera“ anbrechen dürfte.

Sonneberg. Der Geschäftsbericht der sonneberger Ortskrankenkasse hat bei Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter der Spielwarenindustrie folgendes konstatiert: Eine 22jährige Wöchnerin in Sonneberg bewohnte einen dunklen Raum im Hinterhause, der 3,50 Meter lang, 2,10 Meter hoch war. Der Abort wird in diesem Hause von 19 Personen benutzt, obwohl er ohne Wasserspülung ist. Ein 22jähriger Lungenkranker hatte eine feuchte Wohnung. Ein Krankenzimmer wurde zugleich als Schlafraum, Wohnraum und Werkstatt von der Familie benutzt. In 6 von einem humanitären Verein gebauten Arbeiterwohnhäusern wurden insgesamt 200 Kinder gezählt. — Trotz dieser grauenhaften Zustände wird jeder wirksame Schritt zur Beseitigung des Hausarbeiterlebens verhindert.

Frankreich. Die französische Kammer debattierte vor kurzem über die Einführung des Achtstunden-Maximal-Arbeitstages in den Bergwerken. Der sozialistische Abgeordnete Basly, der Einbringer des Antrags, spricht über die Vorlage im ganzen und ist der Meinung, daß Gesetz müsse später auf alle Arbeiter ohne Ausnahme ausgedehnt werden. Der Berichterstatter Janet fügt hinzu, die Vorlage habe hauptsächlich die reichen Minen und die Kompagnien im Auge, die die Preise nicht erhöhen könnten; die Abnehmer würden also nicht unter dem Gesetz zu leiden haben. Das Gesetz wird soeben im ganzen mit 427 gegen 128 angenommen.

Feuilleton.

Die zwei Richter.

In Lugano in einer kleinen Pension vor der Stadt habe ich sie kennen gelernt, die beiden Richter. Das sind nun schon ein Duzend Jahre her. Sie gingen fast immer vor und nach den Mahlzeiten in dem großen Garten spazieren, durch dessen Bambusgehölze der tiefblaue See schimmerte. Regelmäßig

waren sie in eifrigen Diskussionen, die sich oft zu lauten, erregten Auseinandersetzungen gestalteten. Genau genommen erregte sich immer nur der eine von ihnen, ein magerer, mittelgroßer Herr in den vierziger Jahren mit dunklem kurz geschnittenem Haar und graumeliertem, struppigem Spitzbart. Zwischen seinen herabgezogenen Augenbrauen standen zwei tiefe, senkrechte Stirnfalten. Seine Gesichtsmuskeln waren wie in fortwährender Anstrengung des Denkens zusammen gezogen, und aus seinen dunklen Augen sah immer ein suchender Ernst. Höchstens bligte einmal ein melancholischer Humor darin. Während dieser Diskussionen nahm er mit seinen kurzen Beinen lange Schritte, so daß der andere oft hinter ihm zurückblieb. Dieser war ein großer starker Mann, etwa im gleichen Alter wie sein Kollege, mit blonden Bartkoteletten und sauber ausgerasiertem Kinn. Gewöhnlich trug er den feinen Panamahut in der Hand und tupfte mit einem seidenen Taschentuch leicht den Schweiß von der hohen, glänzenden Stirne. Auf seinem gesunden, fetten Gesicht lag das angenehme Bewußtsein, sich in allen Dingen auf dem richtigen Weg zu befinden. Die großen, etwas wässerigen Augen bräunten ein herablassendes Wohlwollen für die ganze Welt aus. Seine Art zu gehen, war der Inbegriff ruhiger Selbstsicherheit. Auch über die knirschenden Kieswege ging er, als ob es türkisische Teppiche wären. Während des Gesprächs mit dem Kollegen lächelte er zumeist nachsichtig, wehrte wohl auch einmal sanft ab, wurde aber nie heftig. Er war seiner Sache immer ganz sicher.

Beide waren deutsche Landgerichtsräte aus dem Süden des Reiches, und ihr ständiges Gesprächsthema war die Todesstrafe. Das konnte man jedesmal hören, wenn man an ihnen vorüberging. Bei Tische saßen sie glücklicherweise weit auseinander, und so hatte die kleine Tafelgesellschaft Gelegenheit, bei dem einen der beiden Herren, dem dunkeln mageren, auch eine andere Begabung als die juristische zu entdecken.

Er zeichnete gern während des Essens sehr lustige Karikaturen von den Mitgliedern der Tischgesellschaft auf kleine Papiere und ließ sie zum Gaudium der Anwesenden herumgehen.

Eines Tages ging ich auf den Montre Bré, den kastanienbewaldeten Berg, zu dessen Füßen Lugano liegt. Auf dem Weg traf ich den einen der beiden Richter, Dr. Frey hieß er. Er wollte gerade umkehren und nach Hause gehen; aber er änderte seine Absicht und stieg mit mir den Berg, den er eben herabgestiegen, wieder in die Höhe. Als wir an eine Stelle kamen, wo der Pfad hoch über dem See hinführte und der üppig bewachsene Abhang steil in die blaue Flut abfiel, drängte sich mein Begleiter immer ängstlich an die Bergwand, obwohl nicht die geringste Gefahr eines Absturzes vorhanden war. Als er sah, daß ich trotz seiner Bemühungen seine Ängstlichkeit bemerkte, sagte er plötzlich: „Ja, sehen Sie, so ist man! Mitte der Vierziger bin ich erst und kann diesen einfältigen Weg, den selbst alte Jungfern gehen, nicht allein machen; und selbst, wenn jemand bei mir ist, bekomme ich diesen verfluchten Schwindel und diese Angst!“

Ich wollte ihn ablenken und von der Gegend sprechen; er aber hörte nicht darauf.

„Nerven — — sagten die Ärzte —“ fuhr er fort. „Ja, Nerven! Unstun! Ich war ein gesunder Mensch. Mein Beruf hat mich ruiniert!“

Er schwieg, hieb, nachdem wir wieder vom Abhang weggekommen waren, mit dem Stock in einige überhängende Kastanienzweige und sagte dann:

„Sie haben mir erzählt, Sie hätten zwei Knaben. Lassen Sie keinen davon Richter werden. Ich sage nicht gerade Jurist, aber ich sage Richter.“

„Da hat's keine Gefahr“ meinte ich lächelnd.

„Eigentlich ist es mehr zum Weinen als zum Lachen, wenn Sie mir das nicht übel nehmen wollen“ erwiderte er.

„Ganz und gar nicht“, antwortete ich.

Da legte er mir die Hand auf die Schulter und sagte: „Kommen Sie, setzen Sie sich zu mir hier auf diese Bank. Ich will einmal einem Menschen meine Geschichte erzählen.“

Und er erzählte, zuerst stichweise und sich oft unterbrechend, dann aber auf einmal in fließender Rede: „Ein Maler wollte ich werden. Na, das wollen viele, und es ist ein Glück, wenn man sie daran hindert. Bei mir war es ein Unglück. Nicht weil ich mir einbilde, ich hätte außerordentliches geleistet, aber ich hätte wenigstens meinen Beruf nicht verfehlt. Meinem Herrn Vater war der Maler nicht fein genug, und außerdem: einer in der Familie mußte immer Jurist werden und die Staatskarriere einschlagen.“

Das war bei uns seit Generationen eine heilige Familien-tradition.

Da ich der einzige Sohn war, so fiel dieser Biegel mir auf

den Kopf. Ich wehrte mich, wehrte mich schwer, als ich die Universität besuchen sollte. Mit dem Vater wäre ich schon fertig geworden, das heißt, ich wäre ihm einfach durchgegangen, auch auf die Gefahr hin, daß er mich ohne Geld gelassen hätte!

Aber die Mutter!

Sie hat mir kein Wort gesagt und mich nicht ermuntert, des Vaters Willen zu tun, aber wissen Sie, die still ertragene Trauer in den Augen einer Mutter! Der widersteht man nicht leicht. Sie hätte mir gerne geholfen zu meinen Wünschen, aber mein Vater war ein Tyrann, und sie hätte schwer leiden müssen. Ihr zu lieb hab ich die Augen zugebrückt und bin mit gleichen Füßen, gerade als ob mir Spaß machte, schließlich in die Juristerei hinein gesprungen.“

Er machte eine Pause und malte Figuren mit dem Stock in den Sandboden. Bilder aus der Studentenzzeit mögen in ihm aufgefliegen sein.

„Ach was“, fuhr er unvermittelt fort. „Das gehört nicht hierher. Kurz, ich bin nach dem Examen rasch avanciert und war halb zweiter Staatsanwalt. Ich galt zwar als unschneidig in meinen Strafanträgen, aber ich hatte eben gar kein Talent zur Schneid. Ich hätte, offen gestanden, damals manchmal so einem kleinen Dieb oder Betrüger, oder Kaufbold gesagt: „Hören Sie, Sie Rindvieh, wie können Sie sich mit solchen Lumpereien das Leben ruinieren? Drei Monate Loch und Sie sind kaput für die Welt. Der größte Strolch, der sich nie erwischen läßt und immer seine Wäsche trägt, sieht auf Sie als Auswurf der Menschheit herunter, wenn Sie auch später noch so ein ordentlicher Kerl werden, und wenn Sie Ihre dumme Geschichte nur aus Unüberlegtheit begangen.“ Innerlich war es mir oft so. Aber ich hielt doch die vorschriftsmäßige Rede und nahm es auch nicht tragisch, wenn einer einen Monat über das Mindestmaß hinaus erhielt, was ich gewöhnlich beantragte. Aber das sah ich bald, daß ich als Staatsanwalt keine Karriere machen würde. Meine Vorgesetzten hatten das wahrscheinlich noch früher bemerkt als ich, und da ich für einen lebenslänglichen Amtsrichter doch zu geschickt war und mein Vater gute Verbindungen mit oben hatte, so wurde ich bald Landgerichtsrat. Zwar galt ich auch in dieser Stellung als Sonderling, ganz besonders, weil ich in meinem Arbeitszimmer zu Hause das Bild von der Ehebrecherin und den Pharisäern hängen hatte, zu denen der Nazarener sagt, derjenige, der noch kein Schweinehund gewesen, solle den ersten Stein bei der Steinigung der Sünderin aufheben. Auch war es bekannt, daß die Urteilsberatungen immer deswegen so lange gingen, weil ich das Strafmaß jedesmal herabdrücken wollte. So war ich ein seltsamer Richter. Ich freute mich kindlich über jeden Tag, den ich für einen meiner unfreiwilligen Kunden herunterhandeln konnte. Meistens waren es, menschlich gesprochen, keine sehr schlimmen Dinge, um die es sich handelte, obwohl die Staatsanwälte überflossen von Entrüstung über die Berruchtheit der Angellagten. Sogenannte schwere Burschen, wie man sie nennt, kamen mir nie in die Hände, und so trug ich mein Amt, an dem ich gerade keine Freude hatte, immerhin, ohne es als Last zu empfinden, und war glücklich, nebenher meinen Kunstliebhabereien nachgehen zu können. Aber es kam anders.“

Er nahm den Hut ab, fuhr sich nervös über den Kopf und sein Gesicht bekam einen ähnlichen Ausdruck, wie an der Felswand, wo er hinab zu fallen fürchtete.

„Ja, das war ein böser Fall. Ein Kapitalfall! Hat da ein Arbeiter, dem seine Frau gestorben war, seine Stellung verloren. Ganz ohne seine Schuld. Er hat zu Hause drei Kinder sitzen, drei kleine Mädchen, von fünf, drei und zwei Jahren. Eine Schwester besorgt ihm die Kinder, läuft aber davon, als der Bruder keine Stellung findet. Der Mann, der nie vorbestraft war und einen guten Reumund hatte, läuft, wie attemäßig nachgewiesen, siebzehn Tage lang von Fabrik zu Fabrik, von Haus zu Haus und findet nichts. Der Hauswirt will ihn auf die Straße setzen, und den Hausleuten wird das Hüten fremder Kinder auch zu viel.“

Da sagt er am Abend des siebzehnten Tages, wo er außer Stellung war: „Im Rhein wären die drei am besten aufgehoben.“ Dann läuft er noch drei Tage umher, hungrig, verzweifelt, verächtlich.“

Am Abend des dritten Tages geht er mit den Kindern auf die Rheinbrücke und wirft sie hinab. Die Anklage lautet auf Mord. Der Staatsanwalt hält die Ueberlegung für außer allem Zweifel stehend. Der Angeklagte gibt selbst zu, drei Tage lang habe er sich die Sache überlegt. Trotzdem stellt der Verteidiger natürlich die Unterfrage auf Totschlag ohne Ueberlegung. Der Mann auf der Anklagebank aber sagt: „Doch, ich hab es mir drei Tage lang überlegt. Den Kindern ist jetzt wohl. Sie brauchen nicht mit zu machen, was ihrer gewartet hätte.“ Der

Staatsanwalt hält das für den höchsten Grad von Zynismus, und er setzt, gegen die Geschworenen gerichtet, mit scharfer Stimme hinzu: „Der Mann hat erwiesenermaßen sozialdemokratische Ansichten.“ Die Geschworenen haben einen schweren Stand. Der Angeklagte ist in ihren Augen kein Mörder, aber das Gesetz sagt: Wer mit Ueberlegung tötet, begeht einen Mord und der Angeklagte selbst gesteht zu, daß er sich es überlegt habe. Vier Stunden beraten sie. Ihr Wahrspruch lautet auf Mord, aber sie haben gleich eine Bittschrift an den Landesherrn auf Begnadigung aus dem Beratungszimmer mitgebracht. Der Staatsanwalt beantragt nach dem Gesetz die Todesstrafe. Die Richter — und ich bin dabei — müssen den Mann zum Tode verurteilen. Wir müssen! Ich mußte! Es gibt sonst nichts anderes auf Mord. Alle taten es in der Ueberzeugung, der Mann werde begnadigt. Der Staatsanwalt selbst hatte uns, bevor wir uns zur Urteilsberatung zurückzogen, zugesichert, er werde sich persönlich für die Begnadigung verwenden. Als das Todesurteil verlesen wurde, sah der Verurteilte gerade mich mit einem Blick so maßlosen Entsetzens aus den weit aufgerissenen Augen an, daß mir übel wurde. Er hatte offenbar, trotzdem der Verteidiger, wie ich später erfuhr, gewarnt hatte, für seine Ehrlichkeit erwartet, nicht als Mörder angesehen zu werden und auf ein paar Jahre Gefängnis gerechnet. Was er für seine dreitägige Ueberlegung ausgab, war nichts, als der Kampf eines müdgehegten, verzweifelten Gehirns gegen eine wahnsinnige Zwangsidee. Er weinte wie ein Kind, als er abgeführt wurde. Nach vier Wochen lag er unter der Guillotine. Einflüsse hatten sich beim Landesherrn gegen die Begnadigung geltend gemacht. Einflüsse! Wissen Sie, was das sind, Einflüsse? Weiber, Pfaffen!

So der Landgerichtsrat.

Er zitterte vor Erregung. Aber plötzlich wurde er ganz ruhig und sagte monoton und mit einer fast furchtbaren Gleichgültigkeit: „Wissen Sie, was das ist, einem Menschen das Leben zu nehmen? Nicht mit einer Kugel oder einem Stich in der Wut, sondern es ihm selbst nehmen müssen, langsam mit allerhand feierlichem Geschreibsel und gelehrter Begründung? Und das noch einem Menschen, der den Tod nicht einmal verdient hat? Dreimal hab ich das müssen.“

Dann hatte ich genug. Ich ging. Die Aerzte rieten mir, den Dienst zu quittieren. Ich schlief nicht mehr — — na, — er machte eine scharfe Handbewegung — „wozu die Details? Berufsneurasthenie nennen es nüchtern die Männer der Wissenschaft.“

Er schwieg. Ich konnte nichts sagen. Jedes Wort wäre leichtes Geschwätz gewesen, angesichts der Tragik dieses Menschenlebens. Stumm kehrten wir zur Pension zurück. Dort sahen wir gerade den anderen Richter im Zimmer, wie er sich vor dem Spiegel sorgfältig die zwei Bartkoteletten bürfete.

Am andern Tage reiste ich ab. Erst in den letzten Wochen — zwölf Jahre sind seitdem vorüber — habe ich von den beiden Richtern wieder gehört. Der eine, Dr. Frey hat sich vor einem Jahr eine Kugel in den Kopf geschossen. Er hat damit gewartet, bis seine alte Mutter gestorben war. Die Aerzte hielten ihn für geisteskrank. Der andere ist kürzlich zum Landgerichtspräsidenten ernannt worden. Er hat bei seinen Kollegen den Ueberramen: „Das unbegrenzte Wohlwollen“. Mit diesem lächelnden „unbegrenzten Wohlwollen“ hat er schon Hunderte mit dem Höchstmaß ins Gefängnis und ins Zuchthaus geschickt. Er wird sicher noch weitere Karrieren machen. A. F.

Versammlungsberichte etc.

m. **Arzberg.** In der am 7. Juli stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde unter anderem auch der Bericht der Kartelldelegierten vor der letzten Kartelldelegiertenversammlung der beiden Kartelle Wunsiedel und Markt-Redwitz entgegen genommen. Die Versammlung bedauerte es, daß jetzt schon die zweite Kartellversammlung resultatlos verlaufen ist, ohne daß eine Einigung beziehungsweise Verschmelzung der beiden Kartelle vor sich gegangen wäre; die Zahlstelle stellt deshalb den Antrag, daß in der nächsten Kartelltagung nur gewerkschaftliche Punkte auf die Tagesordnung gesetzt und die anderen Fragen ausgeschieden werden, so daß endlich einmal eine Verständigung zwischen den beiden Kartellen herbei geführt wird. Ferner wurde beschlossen, daß für die ausgesperrten Kollegen Sammellisten in den Betrieben zirkulieren sollen. Unter anderem wurde auch von dem Vorsitzenden bedauert, daß sich in der letzten Zeit unter den Mitgliedern eine schlaffe Haltung bemerkbar macht. Es wäre endlich die höchste Zeit, daß hier am Orte die Kollegen zur Vernunft kommen und dort hingehen, wo ihre Interessen vertreten werden, und nicht bei jeder Gelegenheit unpassende Kritik an die Organisation und der Verwaltung üben. Darum, Kollegen, legt euer unkollegiales Verhalten ab und kommt Mann für Mann in eure Versammlungen, und zeigt euren Begnern, daß ihr nicht niedergedrückt seid.

w. **Bonn-West.** In unserer Zahlstellenversammlung vom 1. Juni, hielt Genosse Geppers aus Bonn einen kleinen Vortrag. Er schilderte die Industrien seit dem sechzehnten Jahrhundert und die Organisationen

der Arbeiterschaft. Der Vortrag wurde mit Interesse aufgenommen. Es wurde dann folgende Resolution eingebracht: „Die heutige Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern aus über den schlechten Besuch der Versammlung.“ Anwesend waren 16 Mitglieder.

st. **fl. Höhr.** Die am 28. Juni abgehaltene Konferenz des 21. Bezirks wurde um 10^{3/4} Uhr vom Vorsitzenden Bauer mit folgender Tagesordnung eröffnet. 1. Bericht des Vororts. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Agitation und Anträge zu derselben. 4. Verschiedenes. Kollege Bauer gab gleich den Bericht des Vororts und rügte dabei das schlechte Eingehen der Fragebogen von einigen Orten. Ueber Punkt 2 berichtet Coblenz, daß dort 2 Geschäfte in Frage kommen. Außer kleineren Fehlern seien die Verhältnisse dort weiter nicht zu tabeln. In Höhr hat die Zahlstelle in den letzten Jahren einen Mitgliederzuwachs von 7 auf 122 erfahren. Die Verhältnisse sind sehr schlecht. Licht muß sich jeder selbst stellen. Auch würde die Gewerbeinspektion hier viel Material finden. Eine Lohnbewegung der Dreher ist seit dem 15. Mai im Gange, der verlangte Tarif ist von den Fabrikanten noch nicht anerkannt. In Stafel sind 268 Arbeiter tätig, davon sind nur 45 organisiert. Die Maler sind so viel wie gar nicht organisiert. Licht wird frei gestellt. Die Fabrik hat für 1 Jahr einen Tarif abgeschlossen, trotzdem lassen die Verhältnisse viel zu wünschen übrig. Von Cassel werden die Verhältnisse von Anfang der Zahlstelle bis jetzt geschildert und dabei betont, daß andere Organisationen bedeutend mehr Anklang gefunden haben als unsere. Hier würden auch mehr persönliche Reibereien betrieben als die Interessen des Verbandes gewahrt. Von Frankfurt ist der Bericht nicht viel anders. Der dort herrschende schlechte Versammlungsbesuch sei auf die schlechte Lage der Zahlstelle zurück zu führen, weil die Kollegen in verschiedenen Orten verteilt wohnen. — Zu Punkt 3 berichtet Stafel, daß dort das katholische Volk die Agitation sehr erschwert, auch sind die Kollegen selbst sehr viel Schuld, weil sie nicht einmal den Nebenkollegen auffordern, in den Verband ein zu treten und nur alles der Verwaltung überlassen. In Cassel sei schon alle Art von Agitation versucht worden, sie habe aber auch noch nicht den richtigen Erfolg gehabt. Jeder einzelne solle mit arbeiten, damit jeder Arbeiter in eine freie Gewerkschaft komme. Die Krankenkasse sollen die Mitglieder ebenfalls gut ausbauen helfen. Ferner vertritt die „Keramische Rundschau“ nicht das Interesse der Arbeiter, weshalb dieses Blatt so wenig als möglich unterstützt werden solle. Folgender Antrag wurde ebenfalls einstimmig angenommen: „Aus dem alle Vierteljahr von den Zahlstellen an den Vorort eingehenden Bericht, soll der Vorort ein entsprechendes Flugblatt ausarbeiten, was dann in den Zahlstellen verbreitet werden soll.“ Auch über den Zusammenschluß der Porzellan-, Glasarbeiter- und Töpfer-Verbände wurde beraten und ein Antrag mit folgendem Wortlaut angenommen: „Unser Hauptvorstand hat die Pflicht, den Vorsitzenden Wollmann zu beauftragen, sofort mit den Vorsitzenden des Töpfer- und Glasarbeiter-Verbandes in Verhandlungen einzutreten, damit der Zusammenschluß dieser 3 Verbände aus agitatorischen Gründen bald statt findet, wo möglich im Jahre 1908 schon perfekt wird.“ Nach diesen wurde über eine erfolgreiche Agitation bei den frankfurter Schilder- malern gesprochen, wobei man der Ansicht war, daß, da auch die für sie nicht praktische Ausstattung der Amelise mit Schuld sei, daß selbige nicht zu gewinnen sind. Eine wichtige Debatte entspann sich über die gegründete Fabrikantenkasse. Hier sollte jedes Mitglied die Augen offen halten, denn durch sie soll doch nur bezweckt werden, eine Streikbrecher-Organisation zu gründen. Auf derartige Räder darf kein einziges Mitglied reinfallen und jeder hat die Pflicht, diesem entgegen zu arbeiten, damit in diesem Bezirk kein einziger diesen Verlockungen folgt. Da wäre es doch ratsam, wenn der Hauptvorstand die Nummer 25 der Amelise in ein Flugblatt umarbeiten würde, was dann in jeder Zahlstelle in Massen zur Verbreitung gelangen müßte, damit diese Kasse nicht erst Wurzel schlagen könne. Nach so nötigen Besprechungen wurde die Sitzung im Anschluß an eine Zahlstellen-Versammlung von Höhr um 4^{1/4} Uhr nachmittags geschlossen.

r. **Schodowitz.** Am 5. Juli hielt die hiesige Zahlstelle eine Versammlung ab, zu der Genosse Grasser, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells als Referent gewonnen war. Der Referent behandelte „Die Entwicklung der Organisationen der Arbeiter und der Fabrikanten unter besonderer Berücksichtigung der in Gründung begriffenen Fabrikantenkasse.“ Der Referent erläuterte im Näheren die Anfänge des Gewerbes überhaupt von den primitivsten Anfängen des Zunftgenossenschaftswesens; er ging dann über auf die heutige Gewerkschaftsbewegung unter Anführung der englischen Trades-Unions. Da die Unternehmer einsahen, daß eine feste Organisation der Arbeiter für den Selbstschutz gefährlich werden könnte, so gründeten dieselben nun ihrerseits die Unternehmerverbände, und es muß anerkannt werden, daß es die Unternehmer viel ernster mit der Organisation nehmen, wie die meisten Arbeiter. Sind doch die meisten Unternehmer bis zu 80 pCt. organisiert, wo die Arbeiter vielfach bloß 30-40 pCt. der Berufsorganisation angehören nur mit einigen Ausnahmen sind bis zu 70 pCt. der Arbeiter ihrem Verbandsangehörigen. Die Fabrikanten sehen aber ein, daß, wenn die meisten Arbeiter in den freien Gewerkschaften organisiert sind, sie nicht mehr die moralische Macht über die Arbeiter haben und gründen sie demzufolge die sogenannten gelben Gewerkschaften um einen Keil in die aufstrebende Arbeitermasse zu treiben. Es ist daher Pflicht eines jeden klardenkenden freien Gewerkschaftlers, mit allen Mitteln diesen Plan der Unternehmer zu vereiteln und dort wo die Unternehmer glauben, Mitglieder für ihre Streikbrechergarde, denn eine solche soll es nur sein, zu werben, mit einer festen Gegenagitation zu beginnen. Die Fabrikanten bekämpfen allerdings hauptsächlich die freien Gewerkschaften, doch kommt es auch vor, daß die christlichen Gewerkschaften sowie die Firsch-Dunderschen, wenn sie einmal wagen, Menschen zu sein, ganz gehörig unterdrückt werden. Der Redner streifte dann die Einrichtung sogenannter Wohlfahrtsvereinigungen und deren Folgen für die Arbeiter. Er unterzog dann die projektirte Fabrikantenkasse der Porzellanfabrikanten einer scharfen aber gerechten Kritik. Die Anwesenden waren voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten einig. Der Kassierer regte dann an, in Folge der Aussperrungen in unserm Beruf recht viel Streikmarken zu entnehmen, damit die Hauptkasse gesichert wird.

g. **Unterweissbach.** Versammlungsbericht vom 7. Juli. Der Vorsitzende erteilt der Referentin, Kollegin Meeres-Jimenau, das Wort. Die Referentin spricht über die Gründung und den Zweck der Frauen-

waren sie in eifrigen Diskussionen, die sich oft zu lauten, erregten Auseinandersetzungen gestalteten. Genau genommen erregte sich immer nur der eine von ihnen, ein magerer, mittelgroßer Herr in den vierziger Jahren mit dunklem kurz geschnittenem Haar und graumeliertem, struppigem Spitzbart. Zwischen seinen herabgezogenen Augenbrauen standen zwei tiefe, fentlichte Stirnfalten. Seine Gesichtsmuskeln waren wie in fortwährender Anstrengung des Denkens zusammen gezogen, und aus seinen dunklen Augen sah immer ein suchender Ernst. Höchstens bligte einmal ein melancholischer Humor darin. Während dieser Diskussionen nahm er mit seinen kurzen Beinen lange Schritte, so daß der andere oft hinter ihm zurückblieb. Dieser war ein großer starker Mann, etwa im gleichen Alter wie sein Kollege, mit blonden Bartkoteletten und sauber ausrasiertem Kinn. Gewöhnlich trug er den feinen Panamahut in der Hand und tupfte mit einem seidenen Taschentuch leicht den Schweiß von der hohen, glänzenden Stirne. Auf seinem gesunden, fetten Gesicht lag das angenehme Bewußtsein, sich in allen Dingen auf dem richtigen Weg zu befinden. Die großen, etwas wässerigen Augen drückten ein herablassendes Wohlwollen für die ganze Welt aus. Seine Art zu gehen, war der Inbegriff ruhiger Selbstsicherheit. Auch über die knirschenden Kieswege ging er, als ob es türkische Teppiche wären. Während des Gesprächs mit dem Kollegen lächelte er zumeist nachsichtig, wehrte wohl auch einmal sanft ab, wurde aber nie heftig. Er war seiner Sache immer ganz sicher.

Beide waren deutsche Landgerichtsräte aus dem Süden des Reiches, und ihr ständiges Gesprächsthema war die Todesstrafe. Das konnte man jedesmal hören, wenn man an ihnen vorüberging. Bei Tische saßen sie glücklicherweise weit auseinander, und so hatte die kleine Tafelgesellschaft Gelegenheit, bei dem einen der beiden Herren, dem dunkeln mageren, auch eine andere Begabung als die juristische zu entdecken.

Er zeichnete gern während des Essens sehr lustige Karikaturen von den Mitgliedern der Tischgesellschaft auf kleine Papierfetzen und ließ sie zum Gaudium der Anwesenden herumgehen.

Eines Tages ging ich auf den Monte Bré, den kastanienbewaldeten Berg, zu dessen Füßen Lugano liegt. Auf dem Weg traf ich den einen der beiden Richter, Dr. Frey hieß er. Er wollte gerade umkehren und nach Hause gehen; aber er änderte seine Absicht und stieg mit mir den Berg, den er eben herabgestiegen, wieder in die Höhe. Als wir an eine Stelle kamen, wo der Pfad hoch über dem See hinführte und der üppig bewachsene Abhang steil in die blaue Flut abfiel, drängte sich mein Begleiter immer ängstlich an die Bergwand, obwohl nicht die geringste Gefahr eines Absturzes vorhanden war. Als er sah, daß ich trotz seiner Bemühungen seine Ängstlichkeit bemerkte, sagte er plötzlich: „Ja, sehen Sie, so ist man! Mitte der Vierziger bin ich erst und kann diesen einfältigen Weg, den selbst alte Jungfern gehen, nicht allein machen; und selbst, wenn jemand bei mir ist, bekomme ich diesen verfluchten Schwindel und diese Angst!“

Ich wollte ihn ablenken und von der Gegend sprechen; er aber hörte nicht darauf.

„Nerven — — sagten die Aerzte —“ fuhr er fort. „Ja, Nerven! Unsinn! Ich war ein gesunder Mensch. Mein Beruf hat mich ruiniert!“

Er schwieg, hieb, nachdem wir wieder vom Abhang weggekommen waren, mit dem Stock in einige überhängende Kastanienzweige und sagte dann:

„Sie haben mir erzählt, Sie hätten zwei Knaben. Lassen Sie keinen davon Richter werden. Ich sage nicht gerade Jurist, aber ich sage Richter.“

„Da hat's keine Gefahr“ meinte ich lächelnd.

„Eigentlich ist es mehr zum Weinen als zum Lachen, wenn Sie mir das nicht übel nehmen wollen“ erwiderte er.

„Ganz und gar nicht“, antwortete ich.

Da legte er mir die Hand auf die Schulter und sagte: „Kommen Sie, setzen Sie sich zu mir hier auf diese Bank. Ich will einmal einem Menschen meine Geschichte erzählen.“

Und er erzählte, zuerst stotternd und sich oft unterbrechend, dann aber auf einmal in fließender Rede: „Ein Maler wollte ich werden. Na, das wollen viele, und es ist ein Glück, wenn man sie daran hindert. Bei mir war es ein Unglück. Nicht weil ich mir einbilde, ich hätte außerordentliches geleistet, aber ich hätte wenigstens meinen Beruf nicht verfehlt. Meinem Herrn Vater war der Maler nicht sein gewagt, und außerdem: einer in der Familie mußte immer Jurist werden und die Staatskarriere einschlagen.“

Das war bei uns seit Generationen eine heilige Familien-tradition.

Da ich der einzige Sohn war, so fiel dieser Biegel mir auf

den Kopf. Ich wehrte mich, wehrte mich schwer, als ich die Universität besuchen sollte. Mit dem Vater wäre ich schon fertig geworden, das heißt, ich wäre ihm einfach durchgegangen, auch auf die Gefahr hin, daß er mich ohne Geld gelassen hätte! Aber die Mutter!

Sie hat mir kein Wort gesagt und mich nicht ermuntert, des Vaters Willen zu tun, aber wissen Sie, die still ertragene Trauer in den Augen einer Mutter! Der widersteht man nicht leicht. Sie hätte mir gerne geholfen zu meinen Wünschen, aber mein Vater war ein Tyrann, und sie hätte schwer leiden müssen. Ihr zu lieb hab ich die Augen zugebrückt und bin mit gleichen Füßen, gerade als obs mir Spaß machte, schließlich in die Jurisprudenz hineingesprungen.“

Er machte eine Pause und malte Figuren mit dem Stock in den Sandboden. Bilder aus der Studentenzzeit mögen in ihm aufgeflogen sein.

„Ach was“, fuhr er unvermittelt fort. „Das gehört nicht hierher. Kurz, ich bin nach dem Examen rasch avanciert und war bald zweiter Staatsanwalt. Ich galt zwar als unschneidig in meinen Strafanträgen, aber ich hatte eben gar kein Talent zur Schneid. Ich hätte, offen gestanden, damals manchmal so einem kleinen Dieb oder Betrüger, oder Kaufbold gesagt: „Hören Sie, Sie Rindvieh, wie können Sie sich mit solchen Dumperleien das Leben ruinieren? Drei Monate Loch und Sie sind kaputt für die Welt. Der größte Strolch, der sich nie erwischen läßt und immer seine Wäsche trägt, sieht auf Sie als Auswurf der Menschheit herunter, wenn Sie auch später noch so ein ordentlicher Kerl werden, und wenn Sie Ihre dumme Geschichte nur aus Unüberlegtheit begangen.“ Innerlich war es mir oft so. Aber ich hielt doch die vorschriftsmäßige Rede und nahm es auch nicht tragisch, wenn einer einen Monat über das Mindestmaß hinaus erhielt, was ich gewöhnlich beantragte. Aber das sah ich bald, daß ich als Staatsanwalt keine Karriere machen würde. Meine Vorgesetzten hatten das wahrscheinlich noch früher bemerkt als ich, und da ich für einen lebenslänglichen Amtsrichter doch zu geschickt war und mein Vater gute Verbindungen mit oben hatte, so wurde ich bald Landgerichtsrat. Zwar galt ich auch in dieser Stellung als Sonderling, ganz besonders, weil ich in meinem Arbeitszimmer zu Hause das Bild von der Ehebrecherin und den Pharisäern hängen hatte, zu denen der Nazarener sagt, der noch kein Schweinehund gewesen, solle den ersten Stein bei der Steinigung der Sünderin aufheben. Auch war es bekannt, daß die Urteilsberatungen immer deswegen so lange gingen, weil ich das Strafmaß jedesmal herabdrücken wollte. So war ich ein seltsamer Richter. Ich freute mich kindlich über jeden Tag, den ich für einen meiner unfreiwilligen Kunden herunterhandeln konnte. Meistens waren es, menschlich gesprochen, keine sehr schlimmen Dinge, um die es sich handelte, obwohl die Staatsanwälte überflossen von Entrüstung über die Verwahrheitung der Angeklagten. Sogenannte schwere Durschen, wie man sie nennt, kamen mir nie in die Hände, und so trug ich mein Amt, an dem ich gerade keine Freude hatte, immerhin, ohne es als Last zu empfinden, und war glücklich, nebenher meinen Kunstliebhabereien nachgehen zu können. Aber es kam anders.“

Er nahm den Hut ab, fuhr sich nervös über den Kopf und sein Gesicht bekam einen ähnlichen Ausdruck, wie an der Felswand, wo er hinab zu fallen fürchtete.

„Ja, das war ein böser Fall. Ein Kapitalfall! Hat da ein Arbeiter, dem seine Frau gestorben war, seine Stellung verloren. Ganz ohne seine Schuld. Er hat zu Hause drei Kinder sitzen, drei kleine Mädchen, von fünf, drei und zwei Jahren. Eine Schwester besorgt ihm die Kinder, läuft aber davon, als der Vater keine Stellung findet. Der Mann, der nie verurteilt war und einen guten Reumund hatte, läuft, wie attemwäßig nachgewiesen, siebzehn Tage lang von Fabrik zu Fabrik, von Haus zu Haus und findet nichts. Der Hauswirt will ihn auf die Straße setzen, und den Hauskuten wird das Hüften fremder Kinder auch zu viel.“

Da sagt er am Abend des siebzehnten Tages, wo er außer Stellung war: „Im Rhein wären die drei am besten aufgehoben.“ Dann läuft er noch drei Tage umher, hungrig, verzweifelt, verrückt.“

Am Abend des dritten Tages geht er mit den Kindern auf die Rheinbrücke und wirft sie hinab. Die Anklage lautet auf Mord. Der Staatsanwalt hält die Ueberlegung für außer allem Zweifel stehend. Der Angeklagte gibt selbst zu, drei Tage lang habe er sich die Sache überlegt. Trotzdem stellt der Verteidiger natürlich die Unterfrage auf Totschlag ohne Ueberlegung. Der Mann auf der Anklagebank aber sagt: „Doch, ich hab es mir drei Tage lang überlegt. Den Kindern ist jetzt wohl. Sie brauchen nicht mit zu machen, was ihrer gewartet hätte.“ Der

Staatsanwalt hält das für den höchsten Grad von Zynismus, und er setzt, gegen die Geschworenen gerichtet, mit scharfer Stimme hinzu: „Der Mann hat erwiesenermaßen sozialdemokratische Ansichten.“ Die Geschworenen haben einen schweren Stand. Der Angeklagte ist in ihren Augen kein Mörder, aber das Gesetz sagt: Wer mit Ueberlegung tötet, begeht einen Mord und der Angeklagte selbst gesteht zu, daß er sich es überlegt habe. Vier Stunden beraten sie. Ihr Wahrspruch lautet auf Mord, aber sie haben gleich eine Bittschrift an den Landesherrn auf Begnadigung aus dem Beratungszimmer mitgebracht. Der Staatsanwalt beantragt nach dem Gesetz die Todesstrafe. Die Richter — und ich bin dabei — müssen den Mann zum Tode verurteilen. Wir müssen! Ich mußte! Es gibt sonst nichts anderes auf Mord. Alle taten es in der Ueberzeugung, der Mann werde begnadigt. Der Staatsanwalt selbst hatte uns, bevor wir uns zur Urteilsberatung zurückzogen, zugesichert, er werde sich persönlich für die Begnadigung verwenden. Als das Todesurteil verlesen wurde, sah der Verurteilte gerade mich mit einem Blick so maßlosen Entsetzens aus den weit aufgerissenen Augen an, daß mir übel wurde. Er hatte offenbar, trotzdem der Verteidiger, wie ich später erfuhr, gewarnt hatte, für seine Ehrlichkeit erwartet, nicht als Mörder angesehen zu werden und auf ein paar Jahre Gefängnis gerechnet. Was er für seine dreitägige Ueberlegung ausgab, war nichts, als der Kampf eines müdgehegten, verzweifelten Gehirns gegen eine wahnwitzige Zwangsidee. Er weinte wie ein Kind, als er abgeführt wurde. Nach vier Wochen lag er unter der Guillotine. Einflüsse hatten sich beim Landesherrn gegen die Begnadigung geltend gemacht. Einflüsse! Wissen Sie, was das sind, Einflüsse? Weiber, Pfaffen!“

So der Landgerichtsrat.

Er zitterte vor Erregung. Aber plötzlich wurde er ganz ruhig und sagte monoton und mit einer fast furchtbaren Gleichgültigkeit: „Wissen Sie, was das ist, einem Menschen das Leben zu nehmen? Nicht mit einer Kugel oder einem Stich in der Wut, sondern es ihm selbst nehmen müssen, langsam mit allerhand feierlichem Geschreibsel und gelehrter Begründung? Und das noch einem Menschen, der den Tod nicht einmal verdient hat? Dreimal hab ich das müssen.“

Dann hatte ich genug. Ich ging. Die Ärzte rieten mir, den Dienst zu quittieren. Ich schlief nicht mehr — — na, — er machte eine scharfe Handbewegung — „wozu die Details? Berufsneurotiker nennen es nüchtern die Männer der Wissenschaft.“

Er schwieg. Ich konnte nichts sagen. Jedes Wort wäre leichtes Geschwätz gewesen, angesichts der Tragik dieses Menschenlebens. Stumm lehrten wir zur Pension zurück. Dort sahen wir gerade den anderen Richter im Zimmer, wie er sich vor dem Spiegel sorgfältig die zwei Bartkoteletten bürstete.

Am andern Tage reiste ich ab. Erst in den letzten Wochen — zwölf Jahre sind seitdem vorüber — habe ich von den beiden Richtern wieder gehört. Der eine, Dr. Frey hat sich vor einem Jahr eine Kugel in den Kopf geschossen. Er hat damit gewartet, bis seine alte Mutter gestorben war. Die Ärzte hielten ihn für geisteskrank. Der andere ist kürzlich zum Landgerichtspräsidenten ernannt worden. Er hat bei seinen Kollegen den Uebernamen: „Das unbegrenzte Wohlwollen“. Mit diesem lächelnden „unbegrenzten Wohlwollen“ hat er schon Hunderte mit dem Höchstaß ins Gefängnis und ins Zuchthaus geschickt. Er wird sicher noch weitere Karriere machen. A. F.

Versammlungsberichte etc.

m. Arzberg. In der am 7. Juli stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde unter anderem auch der Bericht der Kartelldelegierten von der letzten Kartelldelegiertenversammlung der beiden Kartelle Bunsfelde und Markt-Redwitz entgegen genommen. Die Versammlung bedauerte es, daß jetzt schon die zweite Kartellversammlung resultatlos verlaufen ist, ohne daß eine Einigung beziehungsweise Verschmelzung der beiden Kartelle vor sich gegangen wäre; die Zahlstelle stellt deshalb den Antrag, daß in der nächsten Kartelltagung nur gewerkschaftliche Punkte auf die Tagesordnung gesetzt und die anderen Fragen ausgeschlossen werden, so daß endlich einmal eine Verständigung zwischen den beiden Kartellen herbei geführt wird. Ferner wurde beschlossen, daß für die ausgesperrten Kollegen Sammelstellen in den Betrieben zirkulieren sollen. Unter anderem wurde auch von dem Vorsitzenden bedauert, daß sich in der letzten Zeit unter den Mitgliedern eine schlaffe Haltung bemerkbar macht. Es wäre endlich die höchste Zeit, daß hier am Orte die Kollegen zur Vernunft kommen und dort hingehen, wo ihre Interessen vertreten werden, und nicht bei jeder Gelegenheit unpassende Kritik an die Organisation und der Verwaltung üben. Darum, Kollegen, legt euer unkollektives Verhalten ab und kommt Mann für Mann in eure Versammlungen, und zeigt euren Gegnern, daß ihr nicht niedergeritten seid.

w. Bonn-West. In unserer Zahlstellenversammlung vom 1. Juni, hielt Genosse Sepperts aus Bonn einen kleinen Vortrag. Er schilderte die Industrien seit dem sechzehnten Jahrhundert und die Organisationen

der Arbeiterchaft. Der Vortrag wurde mit Interesse aufgenommen. Es wurde dann folgende Resolution eingebracht: „Die heutige Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern aus über den schlechten Besuch der Versammlung.“ Anwesend waren 16 Mitglieder.

ht. sk. Höhr. Die am 28. Juni abgehaltene Konferenz des 21. Bezirks wurde um 10^{3/4} Uhr vom Vorsitzenden Bauer mit folgender Tagesordnung eröffnet. 1. Bericht des Vororts. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Agitation und Anträge zu denselben. 4. Verschiedenes. Kollege Bauer gab gleich den Bericht des Vororts und rügte dabei das schlechte Eingehen der Fragebogen von einigen Orten. Ueber Punkt 2 berichtet Coblenz, daß dort 2 Geschäfte in Frage kommen. Außer kleineren Fehlern seien die Verhältnisse dort weiter nicht zu tabeln. In Höhr hat die Zahlstelle in den letzten Jahren einen Mitgliederzuwachs von 7 auf 122 erfahren. Die Verhältnisse sind sehr schlecht. Licht muß sich jeder selbst stellen. Auch würde die Gewerbeinspektion hier viel Material finden. Eine Lohnbewegung der Dreher ist seit dem 15. Mai im Gange, der verlangte Tarif ist von den Fabrikanten noch nicht anerkannt. In Staffel sind 288 Arbeiter tätig, davon sind nur 45 organisiert. Die Maler sind so viel wie gar nicht organisiert. Licht wird frei gestellt. Die Fabrik hat für 1 Jahr einen Tarif abgeschlossen, trotzdem lassen die Verhältnisse viel zu wünschen übrig. Von Cassel werden die Verhältnisse von Anfang der Zahlstelle bis jetzt geschildert und dabei betont, daß andere Organisationen bedeutend mehr Anhang gefunden haben als unsere. Hier würden auch mehr persönliche Reibereien betrieben als die Interessen des Verbandes gewahrt. Von Frankfurt ist der Bericht nicht viel anders. Der dort herrschende schlechte Versammlungsbesuch sei auf die schlechte Lage der Zahlstelle zurück zu führen, weil die Kollegen in verschiedenen Orten verteilt wohnen. — Zu Punkt 3 berichtet Staffel, daß dort das katholische Volk die Agitation sehr erschwert, auch sind die Kollegen selbst sehr viel Schuld, weil sie nicht einmal den Nebenkollegen auffordern, in den Verband ein zu treten und nur alles der Verwaltung überlassen. In Cassel sei schon alle Art von Agitation versucht worden, sie habe aber auch noch nicht den richtigen Erfolg gehabt. Jeder einzelne solle mit arbeiten, damit jeder Arbeiter in eine freie Gewerkschaft komme. Die Krankenkasse sollen die Mitglieder ebenfalls gut ausbauen helfen. Ferner vertrete die „Keramische Rundschau“ nicht das Interesse der Arbeiter, weshalb dieses Blatt so wenig als möglich unterstützt werden solle. Folgender Antrag wurde ebenfalls einstimmig angenommen: „Aus dem alle Vierteljahr von den Zahlstellen an den Vorort eingehenden Bericht, soll der Vorort ein entsprechendes Flugblatt ausarbeiten, was dann in den Zahlstellen verbreitet werden soll.“ Auch über den Zusammenschluß der Porzellan-, Glasarbeiter- und Töpfer-Verbände wurde beraten und ein Antrag mit folgendem Wortlaut angenommen: „Unser Hauptvorstand hat die Pflicht, den Vorsitzenden Wollmann zu beauftragen, sofort mit den Vorsitzenden des Töpfer- und Glasarbeiter-Verbandes in Verhandlungen einzutreten, damit der Zusammenschluß dieser 3 Verbände aus agitatorischen Gründen bald statt findet, wo möglich im Jahre 1908 schon perfekt wird.“ Nach diesen wurde über eine erfolgreiche Agitation bei den frankfurter Schildermalern gesprochen, wobei man der Ansicht war, daß, da auch die für sie nicht praktische Ausstattung der Amelke mit schuld sei, daß selbige nicht zu geminnen sind. Eine wichtige Debatte entspann sich über die gegründete Fabrikantenklasse. Hier sollte jedes Mitglied die Augen offen halten, denn durch sie soll doch nur bezweckt werden, eine Streikbrecher-Organisation zu gründen. Auf derartige Köder darf kein einziges Mitglied reinfallen und jeder hat die Pflicht, diesem entgegen zu arbeiten, damit in diesen Bezirk kein einziger diesen Verlockungen folgt. Da wäre es doch ratsam, wenn der Hauptvorstand die Nummer 25 der Amelke in ein Flugblatt umarbeiten würde, was dann in jeder Zahlstelle in Massen zur Verbreitung gelangen müßte, damit diese Klasse nicht erst Wurzel schlagen könne. Nach so nötigen Besprechungen wurde die Sitzung im Anschluß an eine Zahlstellen-Versammlung von Höhr um 4^{1/4} Uhr nachmittags geschlossen.

r. Schodowitz. Am 5. Juli hielt die hiesige Zahlstelle eine Versammlung ab, zu der Genosse Grasser, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, als Referent gewonnen war. Der Referent behandelte „Die Entwicklung der Organisationen der Arbeiter und der Fabrikanten unter besonderer Berücksichtigung der in Gründung begriffenen Fabrikantenklasse.“ Der Referent erläuterte im Näheren die Anfänge des Gewerbes überhaupt von den primitivsten Anfängen des Zunftgenossenschaftswesens; er ging dann über auf die heutige Gewerkschaftsbewegung unter Anführung der englischen Trades-Unions. Da die Unternehmer einsahen, daß eine feste Organisation der Arbeiter für den Selbstschutz gefährlich werden könnte, so gründeten dieselben nun ihrerseits die Unternehmerverbände, und es muß anerkannt werden, daß es die Unternehmer viel ernster mit der Organisation nehmen, wie die meisten Arbeiter. Sind doch die meisten Unternehmer bis zu 80 pCt. organisiert, wo die Arbeiter vielfach bloß 30-40 pCt. der Berufsorganisation angehören nur mit einigen Ausnahmen sind bis zu 70 pCt. der Arbeiter ihrem Verbandsangehörigen. Die Fabrikanten sehen aber ein, daß, wenn die meisten Arbeiter in den freien Gewerkschaften organisiert sind, sie nicht mehr die moralische Macht über die Arbeiter haben und gründen sie demzufolge die sogenannten gelben Gewerkschaften um einen Keil in die aufstrebende Arbeitermasse zu treiben. Es ist daher Pflicht eines jeden kardenfenden freien Gewerkschaftlers, mit allen Mitteln diesen Plan der Unternehmer zu vereiteln und dort wo die Unternehmer glauben, Mitglieder für ihre Streikbrechergarde, denn eine solche soll es nur sein, zu werben, mit einer festen Gegenagitation zu beginnen. Die Fabrikanten bekämpfen allerdings hauptsächlich die freien Gewerkschaften, doch kommt es auch vor, daß die christlichen Gewerkschaften sowie die Hirsch-Duncker'schen, wenn sie einmal wagen, Menschen zu sein, ganz gehörig unterdrückt werden. Der Redner streifte dann die Einrichtung sogenannter Wohlfahrtsvereinigungen und deren Folgen für die Arbeiter. Er unterzog dann die projektierte Fabrikantenklasse der Porzellanfabrikanten einer scharfen aber gerechten Kritik. Die Anwesenden waren voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten einig. Der Kassierer regte dann an, in Folge der Aussperrungen in unserm Beruf recht viel Streikmarken zu entnehmen, damit die Hauptkasse geschont wird.

g. Unterweissbach. Versammlungsbericht vom 7. Juli. Der Vorsitzende erteilt der Referentin, Kollegin Meereis-Imenau, das Wort. Die Referentin spricht über die Gründung und den Zweck der Frauen-

Verene und deren Verfolgung durch die Behörden, wenn sie sich die gewerkschaftliche oder politische Organisation zum Ziel gesetzt haben. Rednerin geißelt noch das Verhalten der Unternehmer, wie sie die Kolleginnen als Lohnbrücker zu ihrem Vorteil benutzen und verbreitet sich im allgemeinen über die Heimarbeit, den Nutzen und Zweck derselben für die Unternehmer. Aus diesen Gründen geht hervor, warum die Unternehmer den Porzellanarbeiter-Verband hassen. Rednerin fordert die Anwesenden auf, doch die alte Untilossigkeit einmal fallen zu lassen und dem Verbanne beizutreten. — Der Vorsitzende begrüßt mit Freuden, daß sich wieder eine Kollegin gefunden, die die Rednerschule absolviert und ihr Examen bestanden hat.

Sterbetafel.

Breslau. Paul Bobolek, Former-Behring, geb. am 29. Mai 1891, gest. am 7. Juli 1907 durch Selbstmord.

Adressen-Nachtrag.

Burgau. Wf. Johann Ahtziger, Brenner, Burgau Nr. 22.
 Kamenz. Wtm. Franz Diebig, Herrenstr. 8. — Rev. Wilhelm Schlegel, Hagerswerbaerstr. 46.
 Köpelsdorf. Wf. Joh. N. Schmidt in Steinbach b. Sbg.
 Rehan. Schf. Andr. Böhrsch, Ml., Burgplatz 168.
 Reichenbach. Rff. Hermann Stemon, Dh., Fabrikwohnung. — Wf. Richard Biel, Gieser, Fabrikwohnung.
 Spandau. Rev. Johann Stang, Köpelsdorferstr. 62.
 Uhlstädt. Rff. Wilhelm Weinbrecht, Maler.
 Untermhaus. Wf. u. Wtm. Franz Hölzel, Maler, Elsterstr. 1. — Wf. Emil Schneider, Dreher, Fabrikstraße 29.
 Volkstedt. Schf. Traugott Heubach, Nr. 58a.

Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen daß es die Pflicht einer jeden Kollegin und eines jedes Kollegen ist, die von ihren Zahlstellen anberaumten Versammlungen pünktlich zu besuchen

Fürstenberg a. O. Sonnabend, 20. Juli, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal. Lohnstatistiken mitbringen.
 Geschwenda. Sonntag, 21. Juli, nachmittags 8 Uhr, im Strobelschen Gasthof, Brenner- u. Schmelzer-Versammlung. — Montag, 22. Juli, 9 Uhr, Gasthaus zum Thüringerhof.
 Gräfenhal. Sonnabend, 20. Juli, 8 1/2 Uhr, im Schießhaus.
 Grossbreitenbach. Sonnabend, 27. Juli, 8 1/2 Uhr, im Hirsch.
 Judenbach. Sonntag, 21. Juli, nachm. 8 Uhr, im „Thür. Wald“.
 Nürnberg. Sonnabend, 20. Juli, im Restaurant Martin Behaim.
 Oberköditz. Sonnabend, 29. Juli, in Carl Bauers Bergschlößchen.
 Plesau. Sonnabend, 20. Juli, 9 Uhr, bei Langer. Quartalsabschluss. Lohnstatistiken mitbringen.
 Plaus. Sonnabend, 20. Juli, 9 Uhr, im Adler. Lohnstatistiken mitbringen.
 Potschappel. Sonnabend, 20. Juli, 6 Uhr, in Angermanns Gasthof zu Döhlen, öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung: „Warum organisieren wir uns und wie schützt der Arbeiter sein Recht“.
 Volkstedt. 20. Juli, 8 1/2 Uhr, im Hotel Strifordt.
 Wittenberg. Sonnabend, 20. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Karl Krüger, Mitgliederabstimmung.
 Zell a. H. Sonnabend, 27. Juli, 8 Uhr, im Babilchen Hof.

Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Chiffre muß Porto bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

Achtung! Vor dem Figuristen Kandler aus Berlin mögen die Kollegen gewarnt sein. Gegen hiesige Arbeitgeber sprach sich K. sehr abfällig über die Arbeiter aus und bei den Arbeitern sucht derselbe bei freiwilliger Arbeitslosigkeit Unterstützungen zu erlangen. Die Zahlstelle Düsseldorf.

Waldsassen. Vor Arbeitsannahme hier selbst wollen sich die Kollegen über die hiesigen Verhältnisse bei der Zahlstellenverwaltung erkundigen.

Formermeister, geübt in Ton- und Charakterarbeiten, erfahren im Einrichten moderner Töpfe, sucht Stellung unter Chiffre N. F.

Maler, tüchtig, geübt in Blumen, Landschaften und Staffage, auf Porzellan, Emaille oder Steingut, sucht passende Stellung. Eintritt kann sofort erfolgen. Gef. Off. an Robert Ehrhardt, Düsseldorf, Friedenstr. 68, bei Holland.

Modellabgiesser und Einrichter welcher auch Scheibenmodelle sauber und exakt herzustellen versteht, sucht, gestützt auf 1a Zeugnisse, Stellung in Porzellan, Steingut, Majolika. Off. unt. G. 100 an die Red. der Ameise.

Porzellanmaler, der im Rändern von Hotelgeschirren tüchtiges leistet, per bald in dauernde Stellung gesucht. J. Sed, Wilhelm a. Rh., Manufaktur dekorierter Porzellane.

Maler, für Glas und Porzellan, welcher kolorieren und schreiben kann, gesucht. Affordarbeit. Welche auf Militärartikel gearbeitet, bevorzugt. Paul Klüsch, Coblenz a. Rh.

ANZEIGEN.

Coburg. Die Kollegen Müller und Arnold (Gieser) aus Raghütte werden ersucht ihre Adressen dem Vorsitzenden der Zahlstelle Coburg mit zu teilen.

München. Sonntag, 28. Juli, Ausflug nach Starnberg. Abfahrt 7 Uhr vom Sommerbahnhof. Die Kollegen der hiesigen und der nymphenburger Zahlstelle sind freundlichst eingeladen. Die Zahlstellen-Verwaltung.

Oberköditz. Sonntag, den 21. Juli, findet im Restaurant „Felseneller“-Königssee von abends 7 Uhr an, ein Familienabend statt, wozu sämtliche Kollegen und Kolleginnen der hiesigen sowie der umliegenden Zahlstellen freundlichst eingeladen werden. Die Zahlstellen-Verwaltung.

Suhl. Sonntag, 28. Juli: Gemeinsamer Ausflug der Sühler und Mäbendorfer Kollegen, verbunden mit Agitationstour nach Schmiedefeld, Gasthof zum „Thüringer Wald“, wozu sämtliche Kollegen aus Goldlauter, Schleusingen, Kloster-Wehra und Schnett freundlichst eingeladen sind. Treffpunkt für die Kollegen von Suhl und Mäbendorf früh 1/9 Uhr: Dombergs Anstalt.

Geschäfts-Anzeigen etc.

Für Privatangeigen beträgt der Preis der 2gespaltenen Pettzeile ober deren Raum 80 Pfennige. Vorausbezahlung ist Bedingung.

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen

Pinself, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Ml. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A., Gneisenaustr. 6.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldschmiere sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher, reeller Bedienung Martin Kaufmann, Zwickau, Sa., Grimmitzhauserstr. 27.

Goldabfälle, Flaschen etc. werden angekauft und ausgeschmolzen bei schneller und reeller Bedienung.

Pinself alle Sorten nur bester Qualität. Billige Preise. Streifen Borsten-Pinself zum Goldrändern. Versandt auch in kleineren Posten empfiehlt Max König, Kahla S.-A.

Goldschmiere, verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung Emil Böhm, Eisenberg S.-A. Man verlange Prospekt, Aeltestes Geschäft dieser Art.

Goldschmiere u. alle goldhaltig. Sachen kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Prozentsatz frei) Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Ofterweihstr. 32.

An die Einzelbezieher der Ameise.

Unseren Mitgliedern, denen die „Ameise“ offen (ohne Kreuzhandpreises) durch die Post zugestellt wird, diene nochmals zur Kenntnis.

Jede Beschwerde wegen unpünktlichem Eintreffen des Blattes ist in erster Linie an den betreffenden Briefträger oder an den Schalterbeamten des zuständigen Postamts am Orte zu richten. Die Expedition kann gegen das Ausbleiben der durch die Post zustellbaren Blätter nichts tun.

Bei einem Wohnungswechsel am Orte wollen die Einzelbezieher der Ameise die neue Wohnung sofort dem Postboten mitteilen, damit das Blatt an die neue Adresse gelangen kann.

Bei einem Wegzug vom Orte wollen die betreffenden Kollegen ebenfalls das Blatt sofort bei dem Briefträger abbestellen und ferner ihre neue Adresse möglichst bald an Gen. Karl Munk, Charlottenburg, Rosinenstraße 8, einsenden.

Expedition der „Ameise.“

Herausgeg. v. Verbanne d. Porzellan- u. verwand. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: Fritz Bietsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 8. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Ballstr. 69.